

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7871.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgezeigten Kolonnen
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Besondere
 und Besondere Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 16. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Verein der Kommerzienräte.

Selten dringt vom Handelsvertrags-Verein eine Kunde in die Öffentlichkeit. In stiller Selbstenständigkeit führt er ein beschauliches Dasein. Den öffentlichen Gemütern der mit der Vertretung seiner Interessen beauftragten Bankiers und Redner widerstrebt die Einmischung in das rohe politische Tagesgetriebe; heimlich suchen sie auf dem leiser auch nicht mehr ganz erlaubten höflichen Hintertreppchen das Ziel ihrer Wünsche zu erreichen, indem sie, wo immer nur ein Anlaß sich bietet, sich ehrerbietig an den sogenannten maßgebenden Stellen in empfehlender Erinnerung bringen, sei es durch Glückwünsche zu Familienereignissen und Redeleistungen, durch devote Anzeigen und Einladungen zu Stapelläufen oder durch Dotierung irgendwelcher patriotischer Stiftungen. Als vornehmste Aufgabe aber gilt es, das Wohlwollen des Reichstanzlers zu erwerben: ein selbstgestecktes hohes Ziel, das man, nach dem Verhalten der dem Verein nahestehenden Presse zu urteilen, dadurch zu erreichen hofft, daß man jede politische Rede des Grafen Walow mit enthusiastischen Lobreden begleitet und ihn für ein staatsmännisches Genie erklärt, das in seiner klaren Erfassung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands die sicherste Gewähr für des Reichs Zukunft bietet. Wahrscheinlich hält der Handelsvertrags-Verein diese Elogen-Politik nicht nur für seiner würdiger, sondern auch für eher zum Ziel führend, als das Wirken in breiter Öffentlichkeit. Haben bei den Beratungen über das Fleisch-einfuhr-Verbot die persönlichen Vorstellungen des Herrn Wallin von der Hamburg-Amerika-Linie mildernd eingewirkt, weshalb sollten dann auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Hinterwege sich nicht weitere Erfolge erzielen lassen?

Nur hin und wieder läßt mal der Handelsvertrags-Verein durch seine „Korrespondenz“ etwas von sich hören, dann aber meist in so ungeschickter Form, daß seine Kundgebungen zum Spott herausfordern. Zu diesen Publikationen zweifelhafter Güte gehört auch die Auslassung über die Abstimmung auf dem Deutschen Handelstage. Anstatt an den Verhandlungen und dem Intrigenspiel der Vertreter der Eisen- und Stahlindustriellen scharfe Kritik zu üben und zur Gegenaktion aufzurufen, belügt die Korrespondenz eine lahmende Entschuldigung des Handelstages, indem sie die allbekannte Geschichte aufspielt, daß innerhalb der Industrie gewisse Schichten vorhanden seien, die dank ihrer gefestigten Organisation und ihrer mit großen Mitteln arbeitenden Agitation es verstanden hätten, sich „trotz ihres numerischen Mindergewichts“ das Ansehen einer Generalvertretung der deutschen Industrie zu geben und weite Gruppen, deren handelspolitische Interessen mit den ihrigen durchaus nicht im Einklang ständen, „in eine gewisse Vormundschaft zu nehmen.“ Dazu käme ferner, daß noch von früher her „in einer großen Anzahl deutscher Handelskammern“ die schutzöllnerische Strömung ein starkes Übergewicht besäße, daß gerade diese schutzöllnerischen Verbände Vertretung auf dem Handelstage erlangt hätten.

Der Deutsche Handelstag ist bekanntlich nicht nur eine Vertretung der deutschen Handels- und Gewerbetreibenden. In demselben haben vielmehr sich und Stimme von jeher auch eine Reihe wirtschaftlicher Verbände, die teilweise einen starken Einfluß ausüben. Wir nennen den Centralverband deutscher Industrieller (Berlin), den Verein sächsischer Baumwoll-Industrieller (Augsburg), den Berg- und Hüttenmännischen Verein (Siegen), den Mittelrheinischen Fabrikanten-Verein (Mainz), den Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Düsseldorf), die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller (Düsseldorf) etc. Diese Verbände sind überwiegend schutzöllnerischer Tendenz. Von seiten anderer und anders geknüpfter wirtschaftlicher Verbände sind zwar mehrfache Anträge auf Aufnahme in den Deutschen Handelstag gestellt, von diesem bisher jedoch abgelehnt worden, so daß ein Ausgleich auf diese Weise nicht geschaffen ist. Kamentlich sind — im Gegensatz zur Metallindustrie — die großen Fachverbände der lebhaften am Export interessierten chemischen Industrie und garwunderbarerweise der Textilindustrie nicht im Handelstage vertreten. . . . Wenn also trotz dieser Lage der Dinge die Abstimmung noch gegen jede Erhöhung der Getreidezölle entschieden hat, so scheint uns dies ein allzu deutlicher Beweis dafür zu sein, in wie weitem Umfange Industrie und Handel von dem Bewußtsein durchdrungen sind, daß eine Erhöhung der Getreidezölle eine schwere Schädigung unserer nationalen Wirtschaft bedeute.

Das ist richtig. Auf dem Handelstage waren auch die Verbände der Eisen- und Stahlbranchen, der Gattinvereine etc. vertreten und haben dort, wie in manchen Handelskammern und im politischen Leben überhaupt einen Einfluß ausgeübt, der ihre wirtschaftliche Bedeutung übersteigt. Aber weshalb? Doch nur infolge der rücksichtslosen, energischen Agitation für ihre besonderen Interessen und der Fleißigkeit, wenn nicht gar der direkten Unterstützung jener Wirtschaftskreise, welche ihre Vertretung im neugegründeten Handelsvertragsverein finden. Auf dem Wege über die Hintertreppen mögen sich in Einzelfällen kleine Vorteile und Abschwächungen erreichen lassen, eine zielbewusste Handelspolitik läßt sich auf ihm nicht durchsetzen. Noch weniger aber sind dazu Artikel wie der oben erwähnte geeignet, oder wie jener des „Hamburgischen Korrespondenten“ am 10. Januar, in dem erklärt wurde, Handel und Industrie könnte so lange eine mäßige Getreidezollerhöhung mit einem „tolerari potest“ (es kann geduldet werden) aufnehmen, „so lange sie überhaupt noch den Abschluß langfristiger Tarifverträge zuläßt“.

Herr Wallin hätte wirklich gescheitert, sich mit seinem schon früher und jetzt wieder in der „Nation“ gegen die Leitung der socialdemokratischen Arbeiterpartei erhobenen Vorwurf, sie leiste zu wenig in der Bekämpfung schutzöllnerischer Bestrebungen, an die Adresse seiner politischen Gestimmungsverwandten, der Kommerzienräte vom Handelsvertrags-Verein zu wenden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Januar.

Reichstag.

Heute war das Haus zum erstenmal im neuen Jahre beschlußfähig. Zu seiner Duell-Aktion hatte das Centrum alle seine Mannen aufgeboten und es wimmelte auf den Tribünen und im Saale von Schwarzröcken. Drei ihrer besten Redner schiedten die Ultramontanen vor, die Herren Trimborn, Bachem und Lieber, und der Theaterdonner rollte und die Kolophonumblyge zuckten über die Bühne. Herr v. Gohler ertrug das künstliche Unwetter mit großem Gleichmut. Er beantwortete die Frage: Was wird künftig geschehen, um solche Vorfälle, wie die Kölner Abweisung katholischer Offiziersaspiranten vom Offiziersstande zu verhüten, mit einem ruhigen: Nichts. In Köln sind die Herren ja sehr unvorsichtig gewesen, aber die Inquisitionsfrage: Geben Sie unter allen Umständen Satisfaktion mit der Waffe? ist auf Anweisung des Kommandos des achten Armeekorps aus den Akten entfernt und damit Gott beschieden. Der Kriegsminister wehlt, und die Redner des Centrums sagten es auch ausdrücklich, daß sie dem Offiziersstande in seiner Exklusivität durchaus nicht zu Leibe wollten. Im Gegenteil, sie wollten ihn so, wie er ist, und da müssen sie schon die leidige Duellgewohnheit mit in den Kauf nehmen. Aber da sind ja die kaiserlichen Erlasse, die das Duell „nach Möglichkeit“ einschränken wollen. Und das Centrum ist viel zu höflich geworden, um solche Erlasse zu kritisieren und von ihrer vortrefflichen Wirkung nicht von vornherein überzeugt zu sein. Es bekämpft das Duell schon nicht mehr aus Princip, sondern weil es eine „Rebellion“ gegen einen kaiserlichen Erlass ist. Diese Gesichtspunkte wurden dem Centrum von unserem Genossen Bollmar in einer wirksamen Rede vorgehalten.

Am übrigen wurde die Duellfrage ganz allgemein erörtert. Herr Dr. Baehnick von der freisinnigen Vereinigung und Herr Dr. Müller-Sagan von der freisinnigen Volkspartei gingen der alten, barbarischen Dummheit im Verein mit unserm Redner kräftig zu Leibe. Aber wir fürchten, daß der Massendünkel stärker ist als die Vernunft, und daß die Duellchronik auch nach diesen Reichstagsverhandlungen ebenso umfangreich sein wird als vorher. Aus den Angehörigen der Corps, die Herr Dr. Lieber nicht ganz mit Unrecht als die eigentlichen Träger der Duellkultur bezeichnete, gehen ja unsere patentierten Staatskrieger hervor. Ein kleiner Fortschritt ist vielleicht darin zu erblicken, daß die offenen Anhänger des Duells, die im Reichstag sitzen, sich mit der Sprache nicht mehr hervortreiben.

Den Rest des Tags nahm die Fortsetzung der socialpolitischen Debatte beim Etat des Reichsamts des Innern ein.

Behel griff an erster Stelle ein und kritisierte die vom Reichsamt des Innern verschuldete Unthätigkeit der Kommission für Arbeiterstatistik, an deren Spitze ein mit andren Geschäften überlasteter Beamter steht. Den Satz von der Abhängigkeit der Regierung von den herrschenden Gesellschaftsklassen illustrierte unser Redner durch einige schlagende Beispiele. Das Hauptthema seiner Rede aber war die Väter-Verordnung, die er gegen die Angriffe der Vätermeister und ihres parlamentarischen Vertreters Dertel wirksam in Schutz nahm. Die Frage unseres Genossen, wie die Untersuchung über den bekannten Brief der See-Vereinsgenossenschaft siehe, beantwortete Graf Posadowsky dahin, daß er das Reichs-Versicherungsamt mit der Angelegenheit befaßt habe. Er fügte aber gleichzeitig hinzu, daß dieses Amt keine Disciplinarbefugnis über die Vereinsgenossenschaften habe, wohl um anzudeuten, daß auch hier nichts geschehen wird.

Dann ging der Minister sehr ausführlich auf die zahllosen Anregungen und Wünsche ein, die im Laufe der bisherigen Debatte an ihn gerichtet worden sind. Eine Enquete über die Lage der Steinarbeiter sei im Gange. Die Zustände in den Glasfabriken seien geregelt und die Angriffe des Abg. Horn übertrieben. Den Fabrikanten von Phosphor-Bündelholzern braucht der Minister zu seiner Befriedigung nicht wehe zu thun. In Frankreich ist eine neue Bündnisse erfunden worden, deren Vertheidigung für die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter weniger Gefahren bietet. Wenn sie eingeführt wird, vielleicht auch durch gelinden Zwang, dann ist alles gut.

Zum Schluß bestrich die Agrarier durch die Erklärung, daß der neue Zolltarif, so weit es an dem Reichstanzler liege, so bald wie möglich dem Reichstag unterbreitet werden wird. Auch die Handelsverträge würden rechtzeitig gekündigt werden, nachdem vor Ablauf der bestehenden auf Grund des Zolltarifs Verhandlungen mit den beteiligten Mächten stattgefunden haben.

Nachdem noch der nationalliberale Abg. Müller Herrn Bueck und seine den Agrariern verdächtige Thätigkeit im früheren Zollbeirat verteidigt und dem ehrenwerten Herrn Laeisz eine Ehre der Nührung geweiht hatte, wurde die weitere Beratung vertagt.

Mittwoch ist Schwerinstag. Die Debatte über die Reform der Gewerbegerichte wird fortgesetzt.

Die Fortsetzung der Etatsdebatte im Abgeordnetenhause bot am Dienstag nur in einer Hinsicht etwas Neues: in ihrer Polenpolitik scheint die Regierung noch schroffer und rücksichtsloser vorgehen zu wollen als bisher. Wenigstens erwiderte Dr. v. Riquel dem polnischen Abgeordneten Dr. v. Jagzewski, der eine lange Reihe von Klagen seiner polnischen Freunde vortrug, in so scharfer Weise, wie wir es bisher nicht von ihm gehört haben. Der Kampf gegen das Polentum ist die Parole, die das gesamte Staatsministerium auf seine Fahne geschrieben hat, denn auch der Kultusminister Dr. Studt versiel in die gleiche Tonart wie Herr v. Riquel. Daß durch die ausnahmegesichliche Behandlung der Polen nur Erbitterung in die Massen getragen und die polnischen Landesteile Preußen noch mehr entfremdet werden, sollte doch die Regierung in der langen Reihe der Jahre eingesehen haben. Aber es giebt eben Leute, die nichts lernen wollen.

Außer dem polnischen Vertreter kamen nur drei Redner des Hauses zu Worte: der freisinnige Abg. Ehlers, der eine Reihe von Einzelfragen aufstellte, auf die ein näheres Eingehen sich erübrigt, und die beiden Kanalgegner Jehr. v. Jedlich (st.) und Dr. Hahn (wild). Die Rede des Freiherrn v. Jedlich ist nicht sowohl ihres Inhalts wegen als vielmehr aus dem Grunde sehr beachtenswert, weil man ja weiß, daß ihm der Text dazu direkt aus dem Kabinetts-waldchen geliefert wird. Er gab dem Finanzminister darin recht, daß das Reich eine selbständige Finanzpolitik treiben müsse und nicht Kostgänger der Einzelstaaten sein dürfe. „Im Reich haben wir ja noch die allergrößten Steuerquellen.“ Soll das etwa heißen, daß die Bevölkerung den Kulturfeinden zu Liebe mit neuen indirekten Steuern bedacht werden soll? Einen andren Sinn vermögen wir diesem Ausspruch kaum beizulegen. Des weiteren billigte Jehr. v. Jedlich die wirtschaftspolitische Auffassung des Ministerpräsidenten, bedauerte aber zugleich das Einbringen der Kanalvorlage und warf dem Abg. Richter vor, daß er durch sein Eintreten für den Kanal nur die Konservativen und die Regierung verhegen wolle — genau daselbe, was am Montag Herr v. Riquel in seiner „warmen Befürwortung“ des Kanals gesagt hatte. Das Verlangen nach einem ausreichenden Schutz für die heimische Produktion und namentlich für die Landwirtschaft war der Kern der Jedlich'schen Rede.

Auch das enfant terrible des Bundes der Landwirte, Herr Dr. Hahn, verlangte hohe Getreidezölle; er war aber so unvorsichtig, zu erklären, daß auch im Fall der Ablehnung des Kanals die Getreidezölle erhöht würden. Öffentlich ergreift Hahn noch recht oft das Wort; auf diese Weise kommt vielleicht der Kuhhandel, den die Agrarier auf Kosten des arbeitenden Volks mit der Regierung geschlossen haben, am ehesten an's Tageslicht.

Am Schluß der Sitzung ergriff noch der Minister des Innern Jehr. v. Rheinbaben das Wort, um auf die Angriffe des Abg. Dr. Saitler vom Tage vorher zu antworten. Seine Rede gipfelte in dem Satz, daß die politischen Beamten „amtlich“ ihren Einfluß weder für die eine, noch für die andre Partei geltend machen dürften; nur wenn es sich um die Bekämpfung der Socialdemokraten oder in Hannover auch der Welsen handle, dürften sie sich amtlich politisch betätigen. Neu ist dies Bestreben einer edlen Polizeiseels nicht. Aber die Socialdemokratie gedeiht vortrefflich dabei.

Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt. —

Voltaire.

Unter geschichtskundigen Patrioten hat es einiges Kopfschütteln verursacht, daß der preussische König Friedrich II. in den Standbildern des Tiergartens den Konkünstler Bach zur Gesellschaft erhalten hat, statt Voltaires, dem einzig und allein dieser Platz gehört hätte, wenn einmal eine solche Allee von Mannorsfiguren aus dem Hohenzollernhause aufgestellt werden sollte. Bach hat mit Friedrich II. nur in ganz flüchtigen Beziehungen gestanden, während Voltaire reichlich vierzig Jahre lang der geistige Mentor zwar nicht des Königs Friedrich, der niemals ein „freigeistiger Herrscher“ gewesen ist, aber wohl des Menschen Friedrich war. Freilich da den Rehrreim ihres reichhaltigen Infaßes das geflügelte Wort: Ecce homo infans, vernichtete die Infaßes (nämlich Kirche) bildete, so würde es einem so bewährten Mann, wie dem Oberhofmeister Mirbach, wahrscheinlich einen tödlichen Schlaganfall zugezogen haben, wenn Voltaires Wüste an der Seite eines Hohenzollerns aufgestellt worden wäre, und so mag es aus diesem trübsigen Grunde unterblieben sein.

Um so dankbarer werden es unter solchen Umständen geschichtskundige Patrioten begrüßen, daß Voltaires Andenken nun dennoch geehrt worden ist durch den metallenen Kranz, den der deutsche Konful in Veient am 12. Dezember vorigen Jahres im Namen Wilhelms II. auf das Grab des Sultans Saladin niedergelegt hat. „Der große Sultan“ Saladin nämlich, „eine der ritterlichsten Gestalten aller Zeiten, ein Ritter ohne Furcht und Tadel, der seinen Gegnern oft genug zeigen mußte, worin wahre Ritterlichkeit und edle Gottesfurcht besteht“, ist weiter nichts, als eine freie Schöpfung des großen Aufklärers Voltaire. Jedoch verdient diese von Voltaire erfundene Geschichtslüge insofern ein milderes Urteil, als andre ihres Gleichen, weil sie keinen Menschen täuschen, sondern vielmehr die Köpfe der Menschen von dem verflüsternden Spul religiöser Aberglaubens befreien sollte. Da Voltaire zu seiner Zeit der „Infame“ nicht anders an den Leib konnte, so machte er einen blut- und raubgierigen Sultan, der Christenblut wie Wasser verzog, zu einer ritterlichen Idealgestalt, von der sich die christlichen Streiz-

faher, als Träger aller menschlichen Verantwortung, um so schwächer abgeben sollten. Bekanntlich ist ihm dann Leistung auf diesem Wege gefolgt, aber natürlich auch er nicht, um seine Zeitgenossen mit historischen Legenden zu speisen.

Der Sultan Saladin trumps in „Nathan dem Weisen“ die christlichen Inholde gar trefflich ab, aber die Fabel des Stücks beruht auf dem „Wunder“, daß dieser Sultan ausnahmsweise einmal einen gefangenen Tempelherrn nicht niedermegeln ließ, also nur ausnahmsweise einmal einer ganz besonders schußigen, aller Mittellichkeit höhnpredigenden Nordmann euskagte. Damit wurde in vollkommen verständlicher Weise angedeutet, daß Sultan Saladin nur das Sprachrohr war, durch das die großen Aufklärer ihre zermalmende Kritik an die Adresse der Kirche ihrer Zeit brachten und, wenn sie nicht sofort mundtot gemacht werden sollten, auch bringen mußten.

Es war so, als wenn heute die Gegner des chinesischen Abenteuer den Prinzen Tuan feiern wollten als „eine der ritterlichsten Gestalten“ etc. Das haben sie glücklicherweise nicht mehr nötig, aber sie dürfen deshalb nicht hochmütig auf die großen Aufklärer des vorigen Jahrhunderts herabsehen, denn ihrer glotzigen Arbeit verdanken wir nicht zuletzt das Maß von Freiheit, das uns gestattet, unmittelbar, um mit Lessing zu sprechen, die „unselige Kaserne“ zu bekämpfen, die das rechtgläubige Europa entvölkert, um das ungläubige Asien zu bevölkern. Deshalb werden auch nicht bloß gute Patrioten ihre Freude daran haben, daß gegenwärtig in dem Geschöpfe Saladin so feierlich der Schöpfer Voltaire geehrt wird.

Deutsches Reich.

Die chinesischen Patrioten.

In der soeben dem Reichstag vorgelegten Denkschrift über die Entwicklung des Schutzbereichs Kiautschou bis Oktober 1900 werden die chinesischen Bozer nimmere selbst von der deutschen Regierung als Patrioten anerkannt. Die Denkschrift schildert die allgemeine Lage in Schantung in der Zeit vor Ausbruch der Wirren im vorigen Sommer also:

„Während und Jahre hatten schon im Frühling 1898 in einigen Teilen der Provinz Schantung die Veranlassung zur Unzufriedenheit der Bevölkerung gegeben; es bildeten sich Räuberbanden, die stehend und plündernd die Provinz durchzogen. Im September desselben Jahres erfolgte die Palastrevolution in Peking und damit der Umsturz in der Stimmung der Regierungskreise gegen die „Fremden“. Eine der ersten Handlungen des neuen Regimes war die Wiederbelebung der Bürgermilizen, die zuerst in der Provinz Schantung ins Werk gesetzt wurde. Wenn auch diese Maßregel mit der Notwendigkeit des eigenen Schutzes der Ortsgemeinden begründet wurde, so fehlte es nicht an anderen Zeichen, die erkennen ließen, daß in der Auffassung der Beamtenkreise und der Bevölkerung der Erlass als eine Anreizung zur Widerständigkeit gegen Fremde und zu deren Befehdung galt. Ueberall entstanden, wie stets in China in Zeiten der Gärung, geheime Gesellschaften; die eine Zeit lang bedeutendste Sekte des „großen Meisters“ wurde von denjenigen „der Kampf des Patriotismus und des Friedens“ (Bozer) verschlungen.

Als Gouverneur von Schantung folgte im Mai 1899 auf den freibleibenden und maßvollen, von den Missionaren als fremdenfreundlich bezeichneten Tchang-jun-mei, der angeblich eine Besöhnung der widerstreitenden Elemente anstrebte, der rücksichtslose Mandschu-Ni-fien. Ihm gelang es, die Bestrebungen der Räuberbanden mit denen der Geheimbündler zu verquicken, die zu seiner Zeit offen als patriotische Partei sich organisierten und „Fremdenvertreibung und Erhaltung der Mandschu-Dynastie“ auf ihre Fahnen schrieben. Die Christenverfolgungen wurden allgemein; Beamte, welche der Mission hatten Schutz angeheißt lassen, wurden abgefeigt.

Der mit den Geheimbündlern allzu sichtlich übereinstimmende Jubel wurde im Anfang des Jahres 1900 durch den klugen und gewandten Guan-schih-lai ersetzt. Derselbe war bis dahin kommandierender General der jinn Schutze der Reichshauptstadt ausersenden Truppen gewesen, welche er mit Hilfe europäischer Juristen in der Lager von Kiautschou bei Tientsin zu einer für chinesische Begriffe gut eingerichteten und disciplinierten Armee hatte ausbilden lassen. Mit diesen Truppen zog er — angeblich zur Niedersetzung der aufständischen Bewegung — in Schantung ein. Die Bewegung ruhete jedoch nicht, konzentrierte sich indessen nach dem Norden dieser Provinz hin und überschritt ihre Grenze, um in der Folgezeit in der Provinz Tschili die größte Unterstützung zu finden. Zudem die Abstoßung der störenden Elemente nach dem Norden des Reichs sich glatt und geschickt vollzog, wurden wesentliche innere Kämpfe in der Provinz Schantung vermieden.“

Das Kruppische Kanonenblatt, die „Berliner Neuesten Nachrichten“, behauptet wiederholt, daß der von uns am 11. Januar veröffentlichte Hummerbrief „eine grobe Fälschung“ von A bis Z erlogen ist. Das Blatt behauptet weiter, daß die orthographischen Fehler augenscheinlich „künstlich“ seien, es erklärt ferner, der Brief rühre von einem „socialdemokratischen Berliner Bierbrauer“ her und es lamentiert zum Schluß — mit deutlicher demagogischer Absicht —, daß die „fortgesetzte Veröffentlichung solcher Briefe eine skandalöse Beleidigung der Armee sei, der endlich ein Ende zu machen die höchste Zeit sein dürfte“.

Die freche Insinuation dieses von Krupp ausgehaltenen Unternehmervorgans wird nur durch die beispiellose Dummheit übertroffen. Das Blatt sollte sich doch wirklich sagen, daß kein zurechnungsfähiger socialdemokratischer Redakteur das gefährliche Handwerk treiben würde, Briefe zu fälschen oder gefälschte Briefe zu veröffentlichen. Wäre das Organ nicht so völlig hilflos, so müßte es sich doch ferner sagen, daß, wenn wir Fälscher wären, wir nicht so grobe Scherzer hineinbringen würden, daß die „Berliner Neuesten Nachrichten“ unmittelbar aus dem Inhalt auf die Fälschung schließen könnten.

Hätte das edle Organ nur ein wenig von der berühmten Unternehmerrintelligenz, so würde es aus den leicht und auf den ersten Blick erkennbaren falschen Angaben umgekehrt auf die Echtheit des Briefes geschlossen haben. Fälscher pflegen nicht Zerknirschtheit aus silberglänzendem Metall anzufertigen, um jedermann auf die Fälschung aufmerksam zu machen.

Die Behauptung der „Berl. Neuesten Nachr.“, daß der Brief gefälscht sei, stützt sich nämlich in wesentlichen auf die Mitteilung des Soldaten, daß er in Shanghai, 30 Stunden von Tientsin auf Posten gestanden habe. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ verschreiben sich extra einen militärischen Mitarbeiter, um uns zu belehren, daß Shanghai in der Luftlinie 600 Kilometer von Tientsin entfernt liege.

Wir bedürfen keines militärischen Fachverständes, um die einfache Aufklärung über dies „Shanghai“ sofort zu erkennen. Der „Hummer“ hat natürlich nicht die bekannte große Stadt Shanghai gemeint, sondern offenbar irgend ein Nest in der Provinz Schantung, dessen fremden Namen der Soldat mit einem ihm geläufigeren, vermutlich ähnlichen Klangbild wiedergab. Wir wissen aus den vielen Chinabriefen, die durch unsre Hände gegangen sind, daß die Ortsnamen fast ausnahmslos falsch wiedergegeben werden, auch die Daten gehen oft ziemlich wirr durcheinander. Es ist beiläufig ein beschämendes Zeichen für die Mangelhaftigkeit unserer Volkshausbildung, daß die Briefe in ihrer Mehrzahl in so kümmerlichem Stil, so ungrammatisch und so unorthographisch geschrieben sind.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die in so nichtsnutziger, lächerlicher und idiotischer Weise christliche Leute ohne jeden Beweis der Fälschung beschuldigen, mögen die Militärbehörde doch erst einmal zu veranlassen suchen, daß sie bei den mit Namen in Kreisblättern und in gutgefeimten Organen veröffentlichten Hummer-

briefen Untersuchungen anstellt. Im übrigen wiederholen wir: Das Original des angezeigten Briefes steht uns zur Verfügung. Er ist in jedem Buchstaben echt.

Kanalhandelsverträge. Die Zünfterchaft hat in der ganzen Angelegenheit von Anfang bis zu Ende gezeigt, wie man bei Politik machen muß, um Erfolg zu haben. Die Agrarier waren gewiß auch sachlich Gegner des Kanals, wie sie gegen alle Verkehrserschwerungen sind, weil sie für sie, nicht ohne Grund, eine Verschärfung der industrialisierenden Tendenz befürchten. Aber die Kanalfrage war für sie in erster Linie ein bloßes Mittel für die zweckmäßige Vorbereitung der Handelsverträge. Sie sind sich bewußt, daß es für sie immer schwieriger werden wird, ihren skrupellosen Egoismus durchzusetzen. Die industrielle Entwicklung richtet sich gegen sie. Schon bei den letzten Handelsverträgen glaubten sie sich gegenüber der Industrie überverteilt, die Getreideabgabe von 1,50 M. haben sie nicht verwunden, und es gilt für sie bei der nächsten handelspolitischen Campagne, unter noch ungünstigeren Verhältnissen, nicht nur den 1892 zugesagten Anteil an der Beste zu behaupten, sondern zu erhöhen. Die jetzigen Handelsverträge laufen am 1. Januar 1904 ab. Die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts werden also erfüllt sein von dem handelspolitischen Kampf um den großen Profit. Das wirtschaftlich zurückgebliebene Zünftertum mußte mithin rechtzeitig eine weithin sichtbare Probe seiner politischen Macht liefern, es mußte in Preußen ein Aufklärungsgefecht für das Reich schlagen, es durfte schließlich den Mittelstand nicht eher bewilligen, als bis er seine Fruchtbarkeit für die Erhebung höherer Getreidezölle bewährt haben würde. Erst die handelspolitischen Kompensationen, dann den Kanal, bevor die Gegenleistung, hernach die Leistung — in dieser soliden Weise treibt Ostpreußen seine Geschäfte. Damit war die Parole in der Kanalfrage zunächst gegeben: es kam darauf an, zu verhindern, daß der Entwurf jezt Gesetz wurde. Die Lösung hieß demzufolge zunächst: Verschleppen!

So beurteilte eine im Herbst 1899 im Verlag der Vorwärts-Buchhandlung erschienene Broschüre die Taktik der Konservativen in der Kanalfrage. Jetzt kann man erkennen, welche großen Erfolge die Zünfterrevolle gehabt hat.

Privatbesitz auf Reichskosten. Man schreibt uns aus Baden: Der fribadische Reichssozialist Julius Kay in Karlsruhe tritt in seiner „Südd. Reichsfort.“ nun auch auf den Plan, um für die Restauration der Hohenzollernburg sein recht dürftiges, aber pflichtgemäßes Scherlein beizutragen. Angeblich aus Strahlung läßt er sich fallen, daß das Projekt der Wiederherstellung der Hohenzollernburg allgemeinen und ungeteilten Beifall im Reichslande findet mit Ausnahme natürlich in denjenigen Kreisen, welche sich der Regierung politisch feindlich gegenüberstellen. Gewiß ist es natürlich, und wir begreifen die Zeremonie des Kay, daß es so böse Kreise gibt, die in den Zeiten der Chinesen-Millionen-Pumpe für den Ausbau einer in Privatbesitz befindlichen Ruine 1/2 Millionen nicht übrig haben. Angesichts der Haltung der Regierung in der Kriegsinvaliden-Frage gibt es übrigens solcher Opponenten mehr, als sich der Kay in seiner Offizientweidheit träumen läßt.

Den Anfang zum völkischen Zukunftsstaate scheint man in Halberstadt gemacht zu haben. Dort wurde im Stadtverordneten-Kollegium in Uebereinstimmung mit dem Magistrat der Beschluß gefaßt, daß nur Anhänger der christlichen Religion in die Schuldeputation gewählt werden dürfen. Als ein jüdischer Stadtverordneter in der Debatte Einspruch erhob und auf die Verletzung der Rechte der jüdischen Einwohner hinwies, die doch auch Kinder in die Schule schicken, erklärte, wie wir unsem Halberstädter Parteiblatt entnehmen, der Oberbürgermeister Dr. jur. Dehler, daß die Ausschließung aller Nichtchristen von der Schulaufsicht vom Gesetz vorgeschrieben sei. Natürlich giebt es ein derartiges Gesetz in Preußen nicht.

Leipzig, 15. Januar. In dem Civilprozeß des Grafen Erich zur Lippe-Weihenfeld gegen den Grafen Regenten Ernst zur Lippe-Weihenfeld in Detmold erkannte das Reichsgericht auf Verwerfung der Revision des Grafen Regenten gegen das Urteil des Oberlandesgerichts in Celle, durch welches dem Grafen Regenten das Recht zur Empfangnahme einer gewissen Rente abgesprochen wurde, weil dessen Grokmutter, Modeste von Urub, nicht freiherrlichen Standes gewesen sei.

Stuttgart, 15. Januar. Die Ständeversammlung wurde heute vom König mit einer Thronrede eröffnet, in welcher die wirtschaftliche Lage und der Stand der Staatsfinanzen als durchaus befriedigend bezeichnet wurden. Die Ueberschüsse aus den zwei letzten Jahren betragen 9 Millionen. Die Staatsausgaben seien zwar im Steigen begriffen, trotzdem könne der Etat mit einem kleinen Ueberschuß abgeschlossen werden. Sodann kündigt die Thronrede die Uebervorlage der gezeichneten Steuerreform an. Bezüglich der Verfassungsreform sagt die Thronrede, die Regierung erstrebe fortwährend eine Aenderung der Zusammenfassung beider Stämme; allein, solange die tiefgehende Meinungsverschiedenheit einen Anstoß in der Ständeversammlung selbst nicht erfahren habe, sei von einem Vorgehen der Regierung ein Erfolg nicht zu erwarten. Endlich kündigt die Thronrede eine neue Gemeinde-Ordnung an, durch welche die periodische Wahl der Ortsvorsteher eingeführt wird, sowie eine Anzahl minder wichtiger Vorlagen.

Majestätsbeleidigung. Der Tagelöhner Leidlein in Nürnberg kaufte eines Tages die Bilder von Grillenberg, Dertel und Bebel und brachte sie mit nach Hause. Als ihn seine Logiswirtin fragte, warum er nicht lieber das Bild des Kaisers gekauft habe, soll er eine Aeußerung haben fallen lassen, die als Majestätsbeleidigung betrachtet wird. Später soll er diese Aeußerung in einem Gespräch mit anderen Personen über seine Verhältnisse als Militärpensionist wiederholt haben. Er stellt dies in Abrede und behauptet, es liege ein Mißverständnis vor. Auf dessen bestimmte Aussage hin erhielt er sechs Monate Gefängnis.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Reichsratswahlen. Bei der Reichsratswahl des steirischen Großgrundbesitzes wurden am Dienstag die bisherigen vier verfassungstreuen, bei der des oberösterreichischen Großgrundbesitzes die bisherigen drei konservativen Vertreter wiedergewählt. Bei der Wahl des Großgrundbesitzes in Kärnten unterlag der bisherige deutschvölkische Vertreter Riese dem verfassungstreuen Grafen Sferensdaller. Die Triester Handelskammer wählte den liberalen Italiener Basse wieder.

Die gesamte Presse, mit Ausnahme der liberalen und antisemitischen Blätter, ist mit dem Resultat der am Montag stattgefundenen Reichsratswahlen, welche den Antisemiten neue schwere Verluste beigebracht haben, äußerst zufrieden und konstatiert, daß es mit der liberalen und antisemitischen Herrschaft nach bergab geht.

In Wien behauptete die Fortschrittspartei die vier Mandate der inneren Stadt und das Mandat des Bezirks Leopoldstadt-Brigittenau. In den übrigen neun Wiener Wahlbezirken wurden wie bisher Christlichsoziale gewählt, aber mit viel geringeren Majoritäten als 1897, da die Zahl der liberalen und socialdemokratischen Wähler überall gestiegen ist.

Niederlande.

Präsident Krüger erklärt aufs bestimmteste, die Vermittlung des kanadischen Premierministers Laurier nicht annehmen zu können. Auch die Reise der Afrander-Mission nach London sei zwecklos, da die Boeren nur auf Grund absoluter Unabhängigkeit Frieden schließen könnten.

England.

Konflikt im Kriegsamt. Das Herold-Bureau meldet: Ein erster Konflikt ist, wie bekannt, im Kriegsamt ausgebrochen. Die hervorragendsten Mitglieder desselben wollen angeblich ihre Demission einreichen, falls dem neuen Befehlshaber Lord Roberts freie Hand zur Reorganisation des Kriegsdepartements gelassen werden sollte. Lord Roberts hat aber das ihm übertragene Amt gerade unter dieser Bedingung übernommen. Er soll entschlossen sein, mit den bisherigen Traditionen zu brechen oder sein Amt niederzulegen. Er soll sich mit dem Kriegsminister Brodrick im Einverständnis befinden und auch dieser werde nicht nachgeben.

Die militärischen Verlegenheiten Englands werden durch die Nachricht illustriert, daß in Indien 15 000 Soldaten, deren Dienstzeit abgelaufen sei, zurückgehalten wurden, da noch keine Ersatztruppen aus England eingetroffen seien. Die Regierung werde wahrscheinlich durch Prämien diese Soldaten zum längeren Bleiben zu bewegen suchen. Die englischen Truppen in Indien seien ohnehin 9000 Mann schwächer, als der normale Effectivbestand erfordere.

Amerika.

Kapitulationen auf den Philippinen. Nach einem Washingtoner Telegramm meldet McArthur, daß der Oberbefehlshaber in No No, in der Provinz Panay, sich ergeben habe und teilt ferner mit, daß noch weitere wichtige Waffenübergaben in wenigen Tagen erwartet werden.

Nach anderen weitigen Nachrichten aus der letzten Zeit soll die Lage der Amerikaner auf den Philippinen nicht weniger als günstig sein.

Der Boeren-Krieg.

Erfolge der Boeren

werden entgegen den offiziellen englischen Meldungen über Laurence Marques gemeldet. Danach soll der Angriff auf die Bahlinie bei Vellasi vollständig gelungen sein.

Die Delagoabahn sei an dieser Stelle vollständig zerstört. Vellasi sei genommen und die Garnison, bestehend aus einem Infanterie-Regiment, gefangen genommen.

Nach einer weiteren Meldung zerstörten am Donnerstag und Sonnabend 1500 Boeren die Bahlinie nach Johannesburg. Sie besetzten das an der Bahlinie nach Johannesburg liegende Zurfontein und nahmen die Führung mit Delorens Stellung, der bei Krügersdorp sehe. Pretoria sei vollständig von Boerenkommandos eingeschlossen.

In der Kapkolonie

soll nach einem Telegramm Rithmers die Lage „unverändert“ sein. Rithmers macht sogar einige Bemerkungen, die von Optimisten als sicheres Anzeichen der Besserung der Lage gedeutet werden könnten. Einige kleine Boerenabteilungen „schienen“ auf dem Rückweg nach dem Drangefreistaat zu sein und „etwaige“ Aufständische, die sich den Boeren angeschlossen gehabt hätten, hätten sich „ergeben“.

Nach dem Neuseeländer Bureau ist eine starke englische Abteilung bei Pieterburg eingetroffen. Die Boeren in Calvinia rücken einstweilen nicht weiter vor. Mit dieser Meldung steht jedoch eine andre Nachricht aus Kapstadt in einigen Widersprach, wonach die Boeren die Clamer-Rinen (100 Kilometer südwestlich von Calvinia) besetzten, den Engländern mehrere Gefechte lieferten, über die näheres nicht mitgeteilt wird.

Eine für die Engländer unangenehme Bewegung entfaltete jedoch ein aus 500 Mann bestehendes Boerenkommando bei der 110 Meilen von Kapstadt entfernten Louisa-Station, indem sie sich bemühen, den Wasserzufluß für diese Station abzuschwächen, wodurch sie im Falle des Besingens den Bahnbetrieb stören würden.

Zum Schutze der Diamantminen

im Orange-Freistaat soll eine 250 Mann starke Schutzwache organisiert werden.

In Beishuanaland

muß die Gärung einen hohen Grad erreicht haben. Sind doch in Bryburg 170 „Verdächtige“ gefangen genommen und nach Kimberley geschickt worden. Binnen kurzem sollen weitere 800 Verdächtige folgen.

Daß die Boeren die gegenwärtige Kriegslage als eine sehr günstige betrachten, beweist auch eine Nachricht des „Daily Telegraph“ aus Laurence Marques, wonach sich unter den auf portugiesisches Gebiet geflüchteten Boeren eine Bewegung bemerkbar mache, sich ihren früheren Kommandos wieder anzuschließen.

Lord Roberts

erfuhr privatim den Lord Mayor von London und die andren Ratsoren, die beabsichtigte feierliche Ueberreichung des Ehrenbürgerrechts an ihn aufzuschieben; er habe die Empfehlung, daß unter den gegenwärtigen unglücklichen Umständen in Südafrika für einige Zeit seinerlei Festlichkeiten stattfinden sollten.

Wahrscheinlich wäre es noch von Lord Roberts gewesen, die ihm als Boerenbesieger zugehenden Ehrungen überhaupt abzuschlagen, da sich seine Siege inzwischen nur als Episode des wechselvollen Ringens erwiesen haben.

Die Unabsehbarkeit des Kriegs

und die Methode der manöfegelten Keinen Rücksicht, die sich dann immer wieder als unzulänglich herausstellen, beginnt die englische Presse ernstlich aufzutreten. So schreibt die „St. James-Gazette“:

„Zu zahlen haben wir so wie so, aber die heute befolgte Methode ist einfach unsinnig. Wir zahlen Woche für Woche und das kommt uns schließlich teurer, als wenn wir die Sache auf einmal regeln. Wir wünschen nicht zu beunruhigen, aber wir haben uns von vornherein nie verhehlt, daß mehr bereitene Truppen den Krieg zum Ende bringen würden.“

Und der Kriegs-Korrespondent der „Daily News“ erklärt, daß man 100 000 Rekruten nach Südafrika schicken müsse und weitere 100 000 Mann mit werden für den Fall bereit stellen müsse, daß die Kapländer sich in Masse erheben.

Diese Ungeduld der Blätter dem Kriegsamt die geforderten 100 000 bis 200 000 Mann auch mit ihrem guten Rats gleichzeitig zu Verfügung stellen.

England verfügt über keine regulären Truppen mehr, und der Versuch, 25 000 Freiwillige anzuzuerben, hat bisher ein Mägliches Resultat gehabt.

In Australien desertieren die Soldaten, um nicht nach Südafrika verschickt zu werden, und in Kanada vollends weigert man sich, weitere Truppen zu stellen. Woher also die 100 000 Rekruten nehmen?

Parlamentarisches.

Die Budget-Kommission

befähigte sich am Dienstag mit der Beratung des Reichs-Eisenbahn-Etats. Referent war Müller-Duisburg (nat.) und Korreferent Müller-Sogon (fr. Sp.). Die Verhandlungen begannen mit dem Einnahmeposten aus dem Personenverkehr, woran sich eine große Debatte knüpfte über die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs speziell in den D-Jügen. An der Debatte beteiligten sich außer den Referenten unter andren Prinz Ardenberg (C.), Müller-Julda (C.), Eichhoff (fr. Sp.), v. Friedemann (L.), Riff (Hsp. d. fr. Sp.), die Graf-Lothringer Haub und Preuß und die Socialdemokraten v. Schöller und Bebel. Es wurden Beschwerden laut über die Schwierigkeit, bei Unglücksfällen den gefährdeten Wagen zu entrinnen, ferner über die mangelhafte Beleuchtung, Heizung und die Ueberfüllung der Wagen. Vollmar

Frage an, wie es mit der Central-Ausspeisung stehe, und ob hier vielleicht eine Reform angebahnt sei. Ferner wurde von verschiedenen Rednern die Frage einer Reform der Personen-Tarife in Erörterung gezogen. Die Regierungsvorsteher gaben die Erklärung ab, daß eine Kommission, bestehend aus Vertretern der verschiedenen Eisenbahnbehörden zusammenzutreten werde, um über die Sicherheitsmaßnahmen zu beraten. In der Frage der Tarifreform seien die Verhandlungen daran gescheitert, daß sich die verschiedenen Regierungen, d. h. ihre Eisenbahnverwaltungen noch nicht über ein gemeinsames System dieser Reform hätten verständigen können. Von Bedarf wurde verlangt, daß wenn die Beratungen in Bezug auf die Sicherheit des Personenverkehrs beginnen, man sich nicht bloß mit der Frage der Sicherheit der D-Züge und der Schnellzüge, sondern der gesamten Personenzüge befassen solle, da die verschiedenen Eisenbahnverwaltungen, die in den letzten Jahren stattgefunden hätten, hinlänglich bewiesen, daß in der Organisation des Eisenbahnwesens große Mängel vorhanden seien. Der Regierungsvorsteher erwiderte, daß die Absicht bestünde, die Beratungen auch auf die Sicherheit des allgemeinen Verkehrs auszudehnen.

Die Justizkommission beschäftigte sich in ihrer Dienstags-Sitzung mit dem „**Allegenden Gerichtsstand der Presse**“. Auf Anregung der Regierung schlug der konservative Abg. v. Salisch vor, neben dem ausschließlichen Gerichtsstand der begangenen That in denjenigen Fällen, in welchen die Strafverfolgung nur auf Antrag eintritt, auch den Gerichtsstand des Wohnsitzes des Verletzten zuzulassen. Der Antrag wurde zwar lebhaft bekämpft, gelangte aber doch mit knapper Majorität zur Annahme. — § 7 der lex Mintelen, der sich auf den stiegenden Gerichtsstand der Presse bezieht, lautet nunmehr in der von der Kommission angenommenen Fassung wie folgt: „Bildet der Inhalt einer im Inlande erschienenen Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so ist der Gerichtsstand der begangenen That nur bei demjenigen Gericht begründet, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Daneben ist bei strafbaren Handlungen, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, der Wohnsitz des Verletzten für den Gerichtsstand maßgebend. Die Fälle der Verfolgung, in welchen die strafbare Handlung in der selbständigen Verbreitung der Druckschrift besteht, werden durch diese Vorschrift nicht berührt.“

Die lex Mintelen schlägt als § 8a neu vor, einen Gerichtsstand auch bei demjenigen Gericht begründen zu lassen, in dessen Bezirk der Beschuldigte ergriffen worden ist. Die Socialdemokraten beantragten die Streichung dieses neuen Gerichtsstands, der ja für alle Staatsbürger einen stiegenden Gerichtsstand einführen würde. Mundel und Bock (fr. Rp.) schloßen sich dem Antrage an und verlangten mindestens, daß diese Bestimmungen auf die durch die Presse begangenen Handlungen keine Anwendung finden sollen. Die Regierung tritt für diesen neuen Gerichtsstand lebhaft ein und befreit, daß irgend welche politischen Absichten für denselben maßgebend gewesen seien. Nach längerer Debatte wird der neue Gerichtsstand abgelehnt. Ebenso wird eine Verächtlichmachung, die die lex Mintelen einführen will, durch Aufhebung des dritten Absatzes des § 23 der Strafprozeß-Ordnung (Garantie, daß nicht mehr als zwei Richter in der Hauptverhandlung mitwirken, welche bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt haben) abgelehnt.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 16. Januar.

Die **Toleranz-Kommission**, die unter dem Vorsitz des Abg. Verno (C.) sich mit dem Toleranz-Antrage des Centrums zu befassen soll, kommt mit ihrem Arbeiten nicht vorwärts. Es ist beschlossen worden, die nächste Sitzung erst im Februar stattfinden zu lassen. Bis dahin soll umfangreiches juristisches und statistisches Material von der Regierung zusammengetragen werden.

Das Wirtschaftsjahr 1900.

II. Das Ausland.

Englands Wirtschaftsjahr stand im vergangenen Jahre völlig unter dem Einfluß des südafrikanischen Krieges, der einerseits zwar die Produktion von Kriegsmaterial und von Proviant für die im Felde stehenden Truppen förderte, andererseits aber die Ausfuhr jener Artikel hinderte, die bisher nach dem Hauptland, Natal und den beiden Boeren-Republiken guten Absatz gefunden hatten. Dazu kommt noch, daß der Krieg die oberen Klassen vielfach zur Einschränkung ihrer luxuriösen Ausgaben veranlaßte, die den Geschäftleuten, welche in diesen Klassen ihre eigentliche Kundschaft haben, schwere Verluste brachte, und daß ferner das Ausbleiben des reichen Goldzuflusses aus Transvaal eine zeitweilige Goldknappheit auf dem Weltmarkt hervorrief.

Was den Eisen- und Kohlenmarkt betrifft, so gleicht die Lage der deutschen Gleich zu Anfang des Jahres machte sich infolge des Krieges mit den Boerenstaaten ein Anziehen der Kohlenpreise bemerkbar, dem im September, veranlaßt durch die Erbsitterungen auf dem amerikanischen, deutschen und belgischen Eisenmarkt, ein Sinken der Eisen- und Stahlpreise im weiteren ein allgemeines Nachlassen der industriellen Thätigkeit in der Eisenbranche folgte; selbst im Schiffsbaugewerbe, das in der ersten Hälfte des letzten Jahres kaum den gestiegenen Anforderungen zu genügen vermochte, ist Flaute eingetreten. Dagegen kam die Rederei mit Genehmigung auf das Jahr 1900 zurückblicken. Die Inanspruchnahme des Schiffbestands durch die Transporte nach dem südafrikanischen Kriegsschauplatz und später nach China, verringerte die Konkurrenz auf dem Frachtenmarkt und gestattete, die Fracht- und Passagierpreise hochzuhalten. Thatsächlich haben denn auch die meisten Reedereien im vergangenen Jahre recht hohe Profite erzielt. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung der Peninsular and Oriental Steam Navigation Company, der größten englischen Schiffsgesellschaft, kündigte z. B. der Vorsitzende Sir Th. Sutherland eine Dividende von 9 Proz. und eine Abschreibung von über 500 000 Pfd. Sterl. an; eine Abschreibung, wie sie ähnlich seit 23 Jahren nicht vorgenommen ist.

Mehrfachen starken Schwankungen ist der Baumwollmarkt ausgesetzt gewesen. Als zu Anfang des Jahres sich die Nachrichten über das ungünstige Resultat der amerikanischen Herbst-Baumwollernte befähigten, zogen die Preise langsam an, fielen dann aber vom März ab allmählich, da auf eine desto bessere Herbst-ernte in 1900 gerechnet wurde, jedoch nicht gleichmäßig, sondern unter vielerlei Schwankungen. Im August, als die Berichte eine abemalige schlechte amerikanische Ernte prophezeiten, trat dann wiederum eine Hausse ein. Die Preise gingen enorm in die Höhe, um im Oktober und November nach und nach auf ihren früheren Stand herabzusinken.

Trotz der im ganzen kaum günstigen Geschäftslage war der Außenhandel ein reger; die Zunahme der Ausfuhr in den ersten 9 Monaten des abgelaufenen Jahres wird gegenüber dem gleichen Zeitraum in 1899 auf allein 22 Millionen Pfd. Sterl. berechnet.

Von den englischen Kolonien läßt sich kaum sagen, daß sie im vergangenen Jahre wesentliche Fortschritte gemacht haben. **Ostindien** hatte im ersten Halbjahr schwer unter einer andauernden Hungersnot und Pestepidemie zu leiden, und als sich allmählich eine gelinde Besserung einstellte, begann der Kampf in China, der dem ostindischen Garn-Export nach China und damit zugleich der einheimischen Garnspinnerei einen schweren Schlag versetzt hat. Nach der amtlichen Statistik hat die Einfuhr indischen Garns in China während der letzten Jahre durchschnittlich 80 Millionen Pfad. betragen. Zugunommen hat hingegen aus Indien die Häute-Ausfuhr und zwar in ganz abnormen Maße. Ein erfreuliches Resultat ist darin jedoch nicht zu erblicken; denn dieser massenhafte Häute-Export bedeutet nichts anderes, als daß der Viehbestand des indischen Bauern kolossal zurückgegangen sein muß und bei dem geringsten Anlaß die Hungersnot mit verstärkter Schärfe ausbrechen wird.

Wie Vorderindien hat auch das **britische Hinterindien** unter den Zuständen in China schwer zu leiden, besonders die Straits-

Settlements, da der größte Teil des Handels von und nach China über Singapur geht. Zudem hatten mehrere Bezirke Hinterindiens im letzten Jahr eine schlechte Reisernte.

Eine Steigerung wird, nach den bislang bekannt gewordenen Berichten zu urteilen, der Handelsverkehr Englands mit **Kanada** im letzten Jahr zu verzeichnen haben, zum größten Teil wohl eine Folge der England von dieser Kolonie eingeräumten Vorzugszölle. Ganz ungemindert dürfte die Freude über die „patriotische Haltung“ der Kanadier laum sein. Neben der augenblicklich am Ruder befindlichen englischen Partei steht in Kanada eine starke, meist aus französischen Kanadiern, Irländern, Bürgern der Vereinigten Staaten und Deutschen bestehende Richtung, die gern das Sternbanner gegen den Union Jack eintauschen möchte. Die Hauptpropaganda-Vereinigung dieser Partei, die „National Continental Union League“, entfaltet eine rührige Agitation für den Anschluß an die Vereinigten Staaten.

Die bisher unabhängig von einander sich verwaltenden **australischen Kolonien** treten als australischer Staatenbund, als „Commonwealth“ in das neue Jahrhundert ein. Die wirtschaftliche Lage war im vergangenen Jahre eine ziemlich gute. Die Getreideernten sind im ganzen zufriedenstellend ausgefallen, nur Queensland, die durch natürlichen Reichtumsweits aus bevorzugteste der australischen Kolonien, hatte schwer unter einer anhaltenden Dürre zu leiden. Besonders gemindert die Weizenproduktion mehr und mehr an Umfang, während andererseits der Schafreichtum zurückgeht — die Viehwirtschaft macht dem Ackerland Platz. Vor 20 Jahren umfaßte der bebante Boden nur etwa 5 300 000, zu Anfang vorigen Jahres hingegen 8 670 000 Ader. Gleichzeitig ging die Anzahl der Schafe von 106,4 Millionen auf 74,3 Millionen Stück zurück. Wahrscheinlich hat im vergangenen Jahr der Schafstand noch weiter abgenommen, denn der Preisrückgang der Wolle läßt auf die Wollausfuhr einen nachhaltigen Druck aus, der kaum die Schafzüchter zur Ausdehnung ihres Viehbestands ermuntern dürfte.

Die drei kleineren Nachbarstaaten Deutschlands, **Holland, Belgien und die Schweiz**, sind in stetigem Fortschritt begriffen. Nicht das Gleiche läßt sich von Frankreich behaupten, dessen Weltausstellung zwar den Pariser Geschäftsleuten manchen Verdienst gebracht hat, das aber seine einstige mächtige Stellung auf dem Weltmarkt mehr und mehr einbüßt. Während währende die großen Industriestaaten in den ersten drei Quartalen des Berichtsjahrs eine Verneuerung ihrer Ausfuhr erzielt haben, ist die französische Ausfuhr gegen das Jahr 1899 nach vorläufiger Berechnung um ungefähr 30 Millionen Franc zurückgeblieben. Noch weiter als der französische Handel bleibt die französische Schifffahrt zurück, trotz der bewilligten Prämien und Subventionen. Nach einer Berechnung des französischen Nationalökonomens Therry stellte sich Mitte vorigen Jahres die Anzahl der französischen Dampfer von über 100 Tonnem auf 526 mit einem Gehalt von 516 928 Tonnem; dagegen hatte Deutschland 900 solcher Dampfer mit einem Gehalt von 1 166 928 Tonnem.

Was für **Ostreich-Ungarn** auf politischem Gebiet gilt, das gilt auch auf wirtschaftlichem (ausgenommen Nord-Böhmen und Wäheren) — das „Fortwachsen“ herrscht vor. Außerdem wurde in den ersten Monaten des Jahres die industrielle Thätigkeit durch einen Streik der Kohlenarbeiter gehindert, der von den Großgrundbesitzern, den Rothschild, Gutmann, Lorisch, Wittgenstein und ihren Beamten durch schroffe Zurückweisung jeglicher Forderung der schlechtesten Arbeiter provoziert worden war.

In **Rußland** ist die Ernte etwas besser ausgefallen, als im Jahre 1899 und 1898, doch leidet das Land noch immer an den Nachwirkungen der schlechten früheren Ernteergebnisse. Auch die Eisenindustrie des Ural- und Donezgebietes befindet sich, da die Regierung im Interesse ihrer Finanzen den Preis der für die Staatsbahnen zu liefernden Schienen beträchtlich herabgedrückt hat, in schwieriger Lage. Nach kürzlich bekannt gewordenen statistischen Berechnungen ist in 1899 der Export gegen 1898 um ungefähr 220 Millionen Mark zurückgeblieben, und das letzte Jahr wird kaum ein viel besseres Resultat aufzuweisen vermögen. Dazu kommt, daß die Staatsfinanzen sich trotz aller offiziellen Verschönerungsversuche immer ungünstiger gestalten. Um die Mittel für die Kriegführung in China zu gewinnen, sah sich die Regierung zu besonderen Steuer- und Zollzuschlägen genötigt. Diese finanzielle Klemme erklärt weit mehr, als die vielgerühmte „Friedensliebe“ des Zaren, die Zurückhaltung Rußlands in China.

Trotz der keineswegs rosigten Lage fehlt es nicht an Aktiengründungen. Im Jahre 1899 sind nicht weniger als 327 Gründungen mit einem Grundkapital von ungefähr 358 Millionen Rubel vorgenommen. In einem großen Teil dieser Unternehmungen steckt fremdes Kapital, zumeist französisches, belgisches, deutsches und englisches. Nach einer jüngst vom französischen Wirtschaftsminister verfaßten Zusammenstellung sind hauptsächlich folgende Länder beteiligt:

Frankreich	792 Millionen Franc
Belgien	784 „ „
Deutschland	261 „ „
England	236 „ „
Holland	18 „ „
Nordamerika	13 „ „
Ostreich	11 „ „
Schweiz	5 „ „
Schweden	4 „ „
Italien	2 „ „
2975 Millionen Franc	

In den **Vereinigten Staaten** von Nordamerika stand die wirtschaftliche Gestaltung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres einerseits unter der Unsicherheit des Eisenmarkts, andererseits unter dem Einfluß des Kampfs um die Präsidentschaft zwischen Mac Kinley und Bryan. Die Wiederwahl des ersteren wurde sofort an der New Yorker Börse mit einer starken Hausse begrüßt und hat thatsächlich eine entschiedene Besserung der wirtschaftlichen Lage eingeleitet. Zahlreiche größere Investitionen laufen wieder bei den Eisen- und Stahlwerken ein, die Roheisenproduktion, die seit Juni nachgelassen hatte, steigt und die Preise ziehen wieder an. Zudem ist die Getreide-Ernte befriedigend ausgefallen; und auch der Export der Baumwollenernte hat sich größer bewiesen, als man im August annehmen zu dürfen glaubte.

Die Verhandlungen mit England über den Nicaragua-Kanal sind nicht zum Abschluß gelangt; der amerikanische Senat hat den „Cah“-Pamersote-Vertrag nicht in der vorgelegten Fassung angenommen, sondern gründlich verändert, und zugleich haben Nicaragua und Costa Rica Protest gegen den vom Senat ungestalteten Vertrag erhoben, da dieser nicht, wie der erste Entwurf, die Anlegung von Befestigungen an den Seiten des Kanals durch die Vereinigten Staaten ausschließt. Dagegen ist der lange schon projektierte Ausbau der Kanalverbindungen zwischen den großen Binnenseen und dem Atlantischen Ocean in Angriff genommen. Es soll dadurch eine direkte Fahrstraße zwischen den Binnenseen und dem Meere hergestellt werden, die den großen Ozeandampfern ermöglicht, die in der Umgegend der Seen gewonnenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Produkte der Stahlindustrie direkt, also ohne Umladung, den fernern Bestimmungsstätten zuzuführen.

Die wirtschaftlichen Zustände Mittel- und Südamerikas sind mit Ausnahme jener Perilsos, Chiles und Argentiniens, die gute Fortschritte machen, außerordentlich präkäre. Die kleinen mittelamerikanischen Staaten befinden sich in völliger finanzieller Abhängigkeit vom Uncle Sam; Venezuela krankt an den Folgen seiner sich immer wieder erneuernden „Revolutionen“, und Brasilien steht am Rand des Bankrotts.

Noch trauriger sieht es in **China** aus. Der Krieg hat den Handel schwer geschädigt, weite Gebiete der Provinz Petchili sind verwüstet, angelegene Bahnhöfen demoliert, und die Kriegsverlustabgaben, welche schließlich die vereinigten Mächte erpressen werden, erscheinen wenig geeignet, die wirtschaftlichen Kräfte des Landes zu wecken; hat doch ohnehin China an seiner Staatsschuldlast von über 1200 Millionen Mark schwer zu tragen.

Die **Parteienossen Hamburgs** haben zu den bevorstehenden Bürgerwahlen ein Aktionsprogramm aufgestellt, das auf der Grundlage des allgemeinen Parteiprogramms die Forderungen im einzelnen ausführt, die die Genossen an das Hamburgische Staatswesen gegenwärtig zu stellen haben. Es befinden sich darunter selbstverständlich eine ganze Anzahl Forderungen, die auch in andern parteigenösslichen Landtagsprogrammen enthalten sind; so bezüglich des Vereins- und Versammlungsrechts, des Steuerwesens, des Schulwesens, Verkehrswezens, der Armenpflege, des Kranken-, Gesundheits- und Beschäftigungswesens, der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter etc.

Von den sonstigen Forderungen des Programms seien hervorgehoben:

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht (aktiv und passiv) zur Bürgererschaft für alle großjährigen Staatsangehörigen. Beseitigung der Grundeigentümer- und Notabelvertretung und Wahl der gesamten Bürgerchaftsmitglieder aus allgemeinen Wahlen in obigem Sinne. Einführung eines Proportionalwahlsystems. Vornahme der Wahlen an einem Sonntag oder gelegentlich Aushetags. Halbjährige Erneuerung der Bürgerchaft nach je zwei Jahren, bei vierjähriger Dauer des Mandats. Unbeschränktes Petitionsrecht an die Bürgerchaft; Pflicht der letzteren, die Petitionen zu prüfen.

Aufhebung der Lebenslänglichkeit des Senatorenamts. Wahl des Senats durch die Bürgerchaft, ohne jede direkte und indirekte Mitwirkung des Senats und ohne Beschränkung auf bestimmte Berufsgruppen. Zulässigkeit der Wiederwahl abtretender Senatoren. Unzulässigkeit nebenberuflicher Erwerbsthätigkeit der Senatoren. Civilrechtliche Verantwortlichkeit der Senatoren für Schäden und Nachteile, welche durch ihre Amtsführung entstehen. Recht der Bürgerchaft, Senatoren, welche durch ihre Amtsführung die Verfassung oder die Gesetze verletzen, ihres Amtes zu entsetzen. Offizielle Vertretung des Senats in jeder Bürgerchafts-Sitzung.

Direkte Anteilnahme der Bevölkerung an der Gesetzgebung durch Ausübung des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Gesetzesvorschläge, welche von mindestens einem Zehntel der stimmungsfähigen Staatsangehörigen beantragt werden, sind nach Vorberatung in der Bürgerchaft zur Volksabstimmung zu bringen. Auf Antrag eines Zehntels der stimmungsfähigen Staatsangehörigen sind auch von Senat und Bürgerchaft beschlossene Gesetze der Volksabstimmung zu unterwerfen. Ist zwischen Senat und Bürgerchaft über Gesetzesvorlagen oder sonst zu treffende Maßnahmen eine Einigung nicht zu erzielen, so entscheidet die Volksabstimmung, ohne daß es eines besondern Antrags bedarf.

Erhaltung und möglichste Vermehrung des staatlichen Grundbesitzes. Unbeschränktes Expropriationsrecht des Staats.

Erlaß eines wirksamen Wohnungs- und Erwerbsgesetzes und strenge Durchführung desselben. Verbesserung des Saupolizei-Gesetzes. Staatsseitige Vorsehung gesundheitschädlicher Wohnungen und Anlagen auf dem Wege der Expropriation. Staatsseitige Erbauung geeigneter Wohnungen zur mietweisen Ueberlassung (zum Selbstkostenpreise) an Arbeiter und Unterbeamte.

Errichtung eines Arbeitsamts zur Vertretung der Arbeiterinteressen, zur statistischen Feststellung der Arbeitsverhältnisse und zur Ueberwachung der gewerblichen Betriebe in Gemeinschaft mit der Gewerbe-Zuspektion.

Errichtung eines kollegialen Seemannsamts nach Art der Seewerbegerichte.

Beilegung des Vorrechts der Juristen auf die Beamtenstellungen des „höheren Verwaltungsdienstes“ und Ermöglichung des Aufstiegs der Beamten zu den höchsten Stellen, ohne Rücksicht auf die akademische Vorbildung. Ausgleicung der großen Gehaltsdifferenzen unter den Beamten. Beschränkung der Zahl diätarisch beschäftigter Hilfsarbeiter und Festanstellung der letzteren nach einer bestimmten Dauer der diätarisch beschäftigten Arbeiter. Schaffung von Beamtenauschüssen zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der Beamten. Sicherung aller Beamten gegen willkürlich verhängte Disziplinarstrafen durch Schaffung einer Berufungsinstanz für Disziplinarfachen, insbesondere Abschaffung der Verhängung von Strafen durch direkte Vorgesetzte und Wegfall der Haftstrafen. Civilrechtliche Haftbarkeit aller Beamten für durch sie fahrlässig oder vorsätzlich verursachten Schäden.

Der **berühmte Raporra**, der seit mehreren Jahren als geheimer politischer Kommissar zur Ueberwachung der socialdemokratischen und polnischen Bewegung in Danzig thätig war, ist, wie uns von dort berichtet wird, an Gehirnerweichung erkrankt und schon seit einiger Zeit vom Dienst dispensiert.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Holzarbeiter! Alle diejenigen Werkstellen, in denen Kollegen wegen Verweigerung der Unterschrift entlassen werden, sind nach wie vor zu meiden, so lange die Vertrauensmänner-Versammlung keine andern Beschlüsse gefaßt hat. Auch ist die Unterschrift zu verweigern bis zur Entscheidung des Einigungsamts resp. bis zur anderweitigen Regelung durch die nächste Vertrauensmänner-Versammlung.

Alle Änderungen in den Werkstellen sind sofort durch den Vertrauensmann an das Verbandsbureau Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus) zu melden.

Die Ortsverwaltung.

In dem **Konflikt in der Holzindustrie** nahm eine Versammlung der Holzbildhauer Stellung, die am Montag im Gewerkschaftshaus tagte. Nach langer Diskussion wurde einstimmig beschlossen, daß überall da, wo die Mehrheit in einer Werkstat für die Verweigerung der Unterschrift sich ausspricht, sämtliche Arbeiter daselbst solidarisch diese zu verweigern haben und daß diejenigen, die infolgedessen gezwungen sind, die Arbeit zu verlassen, als gemahregelt zu betrachten sind.

Achtung, Arbeiter (Tapezierer)! Die Ausgabe der Beitragslisten zum Streit- und Agitationsfonds der Arbeiter Berlins und Umgegend für das Jahr 1901 hat begonnen und werden die Kollegen ersucht, soweit dies noch nicht geschehen, die betreffenden Karten im Bureau Schützenstr. 18/19, Telephon-Nr. 1, 1208, wochentags vormittags von 8-9 1/2 Uhr und abends von 7-9 Uhr, ferner am Sonntag ebenfalls selbst und in den Zahlstellen vormittags von 10-12 Uhr in Empfang zu nehmen. Der Schlußtermin der Beitragslisten von 1900 wird nur im Bureau Schützenstr. 18/19, Sonntags, Montags, Dienstags und Sonnabends erteilt. Zu denselben Zeiten wird daselbst selbst Auskunf in gewerblichen Rechtsangelegenheiten erteilt und werden die Kollegen ersucht, hiervon ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Am Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung bei Janaschl, Inselstr. 10. (Siehe Annonce Donnerstag im „Vorwärts“.)

Die Lohnkommission der Arbeiter Berlins und Umgegend.

Vielerhundert Arbeiter der Norddeutschen Eisenwerke in Köpenick haben nach kurzer Dauer eines Streiks dieselben Forderungen durchgedrückt, wie ihre Berufsgenossen in Rummelsburg.

Deutsches Reich.

Die **Generalkommission der deutschen Gewerkschaften** hat, wie schon mitgeteilt, für die Spitzenweber in Calais eine Sammelstelle errichtet. Die Gelder sind an A. Köstle, Hamburg, Gimsbüttel, Böhmardstr. 10, zu richten.

Achtung, Holzarbeiter! In Breslau sind bei Herrn Josef Jwiener, Bau- und Anstalts-Ingenieur, Differenzen ausgebrochen. Es wird versucht, die Ermmangenschaft der letzten Lohnbewegung im Juni 1900 zu durchbrechen, indem die 10stündige Arbeitszeit statt der bis-

Der bewilligten stündigen Arbeitszeit eingeführt worden ist. Ebenso erfolgt Verkürzung der Arbeitslöhne. Die auswärtigen Kollegen werden ersucht, dies zu beachten.

Lohnkommission der Holzarbeiter Breslau.

Achtung, Ciseleure! Bei der Firma Seyffart, Metallwarenfabrik Altenburg S. A., haben sämtliche Arbeiter wegen Nachregelung eines Kollegen die Arbeit niedergelegt.

Von unserer Seite sind an dem Streit 6 Ciseleure beteiligt und werden die Kollegen allerorts ersucht, Stellenangebote der Firma Seyffart vorläufig nicht zu berücksichtigen.

Der Central-Vorstand.

Der nationalsoziale Pfarrer Naumann wollte im Laufe dieser Woche im Klubrevier in drei Versammlungen sprechen und hat schon angekündigt, daß er unsren Abgeordneten im Landtage und Reichstoge (Habr. Franken) wegen ihrer politischen Haltung den Text lesen werde, dieselben sollten auch zu den Versammlungen eingeladen werden. Die Versammlungen für Bochum, Schalle und Gelsenkirchen sind aber jedenfalls durch Einschüchterung der Wirte, die einer nach dem andren ihre zugefügten Lokale zurückzogen, vereitelt worden. Ehren-Quandel vom Rhein-Beisl. Tagebl. zog in einem Leitartikel gegen Naumann zu Felde und nannte das Versammlungs-Arrangement eine sozialdemokratische Waise.

Verboten wurde in Hagen-Erfen am Sonnabend, den 12. dieses Monats, eine öffentliche Volksversammlung, in welcher der Vertrauensmann der Farmer von Rheinland und Westfalen, Genosse M. Sander, über das Koalitionsrecht der ausgesperrten Lüttichschen Farmer sprechen sollte. Trotzdem kurz vorher eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung in demselben Lokal stattgefunden, stützt man sich jetzt auf baupolizeiliche Anordnungen.

Der Sekretär des internationalen Buchdruckersekretariats, Friedrich Siebenmann, ist im Alter von 49 1/2 Jahren gestorben. Das Sekretariat hat seinen Sitz bekanntlich in Bern und hat die Aufgabe, die Verbindung zwischen den Nationalverbänden herzustellen.

„Der Holzarbeiter“, Organ des italienischen Holzarbeiter-Verbands, wendet sich in einem Aufruf an die Holzarbeiter-Organisation aller Länder. Es wird dort darauf hingewiesen, daß unter den italienischen Arbeitern, die ihr Brot im Ausland suchen müssen, leider so viele sich befinden, die nicht den geringsten Sinn für die Idee der Organisation und der Solidarität besitzen. Die Redaktion des genannten Blattes glaubt nun, daß solchen im Ausland lebenden italienischen Arbeitern durch die Festschreibung des Platts Aufklärung und Belehrung gegeben werden könne, und ersucht deshalb die Holzarbeiterorganisationen aller Branchen, sich um Zusendung von Zeitungen an sie zu wenden. Auch ersucht die Redaktion um Information über alle mit den Arbeiterverhältnissen, Bewegung und Organisation der Holzarbeiter in Zusammenhang stehenden Fragen. Die Adresse ist: „Il Lavorante in Legno“, Torino, Camera del Lavoro, Corso Siccardi 12.

Sociales.

Unfälle im Straßenbahnverkehr. Unter den soeben erschienenen Rechnungsergebnissen der deutschen Berufsvereinigungen für 1899 verdienen die Zahlenangaben der Straßenbahn-Berufsvereinigungen besondere Beachtung. Sie zeigen, wie mit der Ausdehnung des Verkehrsnetzes in den Straßen der Städte und der Entwicklung des Straßenbahnwesens im besonderen sich die Unfallgefahr der Verkehrsarbeiter gesteigert hat, und wie notwendig eine reichsrechtliche Regelung der Arbeitsverhältnisse im Verkehrsgewerbe ist. Zunächst zeigen die Straßenbahnbetriebe ein reiches Anwachsen der beschäftigten Personenzahl. Während 1898 33 017 Personen bei der Straßenbahn-Berufsvereingung versichert waren, stieg diese Zahl 1899 auf 39 454. Die Zahl der vorhandenen Straßenbahnbetriebe stieg in dem einen Jahre von 310 auf 338, wohl durch die zunehmende elektrische Einrichtung des Straßenbahnwesens, welches wegen seiner größeren Billigkeit gegenüber dem Pferdebetrieb, die Bahn auch in solchen Städten rentabel macht, in denen sie bisher nicht eingeführt worden war. Die Zahl aller Verletzungen, die im Laufe des Jahres zur Anzeige gelangten, betrug 1898 schon 2664 und stieg bis 1899 in rascher Steigerung auf rund 3000 oder 76,04 Verletzte unter je 1000 versicherten Personen! Es ist das eine erschreckend hohe Ziffer, welche zeigt, wie notwendig es wäre, durch Verkürzung der Arbeitszeit und bessere Schutzvorrichtungen die Unfallgefahr herabzumindern. Sehr sparsam ist die Berufsvereingung mit der Festsetzung von Entschädigungen; solche werden festgesetzt bei einem Fehltage aller Verletzten: 300. Bemerkenswert ist es noch, die Ursachen der Verletzungen festzustellen, wobei wir die Ziffern des Vorjahres in Klammern vermerken. Es verunglückten durch Motoren, Transmissionen, Arbeitsmaschinen z. 27 (7) Personen, durch Fahrstühle, Aufzüge, Krabbe, Hebezeuge z. 11, durch Dampfessel, Leitungen z. 1 (1), durch Sprengstoffe, Explosionen z. 2 (-), durch feuergefährliche Gase z. 2 (-), durch Zusammenstoß, Umfallen von Gegenständen z. 21 (30), durch Herabfallen von Leitern, Treppen z. 55 (25), beim Auf- und Absteigen z. 16 (16), durch Ueberfahren durch Fuhrwerk z. 18 (15), durch Ueberfahren von Motorwagen, Eisenbahnen z. 72 (72), durch Tiere z. 19 (20), durch Handwerkszeug z. 44 (11). Der Tod trat ein in 40 (19) Fällen. Im allgemeinen ist aus diesen Ziffern sehr wohl zu erkennen, wie die größere Schnelligkeit und Hocht des elektrischen Betriebes die Unfallgefahr steigert.

Während die deutschen Straßenbahnarbeiter, soweit sie sich organisiert haben, für reichsrechtliche Regelung ihrer Verhältnisse und Arbeiterkassenzustellung, sind die schwer reichen Kapitalisten der Gesellschaften bemüht, nachdem sie die Arbeiter durch Nachregelung schon so weit wie möglich um das Koalitionsrecht gebracht haben, es ihnen nun auch auf dem Wege der Gesetzgebung zu rauben. In dem Organ des Deutschen Straßen- und Kleinbahn-Vereins tritt der Syndikus dieser Organisation, Professor Dr. Karl Hille, in einem Artikel „Vertragsbruch im Verkehrsgewerbe“ dafür ein, daß das Vereinigungsrecht der Gewerbe-Ordnung für die Verkehrsarbeiter aufgehoben werde. Er deduciert:

„Der Vertragsbruch im Verkehrsgewerbe ist wesentlich anders geartet als im gewöhnlichen Gewerbebetriebe. Selbst Gegner der Bestrafung des Vertragsbruchs im allgemeinen werden deshalb der Ansicht beipflichten, daß der Vertragsbruch im Verkehrsgewerbe einer abweichenden Behandlung von dem allgemeinen bedürftig ist, daß die Staatsgewalt wohl befugt sein könnte, sich mit demselben zu beschäftigen, daß also die Bestrafung des Vertragsbruchs in Verkehrsbetrieben sehr wohl eine Rechtfertigung finden kann.“

Einfacher würde es allerdings sein, wenn in Gewerbe-Ordnung § 152 ausdrücklich ausgesprochen würde, was durch eine Zulassungsbestimmung zu erreichen wäre, daß das dort begründete Vereinigungsrecht sich auf Betriebe beschränkt, welche der Gewerbe-Ordnung unterliegen, und für Betriebe ausgeschlossen sei, auf welche die Gewerbe-Ordnung unanwendbar erklärt worden ist.“

Also fort mit dem Koalitionsrecht der Verkehrsarbeiter oder ein kleines Buchhausgesetz, wenn sie es wagen, von ihm Gebrauch zu machen! Dieser Unternehmer-Terrorismus ist ein bezeichnendes Pendant zu der Opferung von Leben und Gesundheit der Verkehrsarbeiter im Betrieb, wie sie die Statistik zeigt.

Arbeiterkassenzustellung auf Bauten. Auf Grund des neuen Baugesetzes werden jetzt im Königreich Sachsen von den Polizeibehörden allenthalben Verordnungen erlassen, in denen zum Teil rechtserkenntniswerte Vorschriften gegeben werden. So verordnet die Stadt Zittau unter anderem:

Der betreffende Raum (Waubude) muß eine verschließbare Thür, sowie die zur hinreichenden Beleuchtung und Durchlüftung erforderlichen Fenster, einen festen, trockenen und dichten Fußboden haben,

mit Säulen, Zischen, Spuckpfien, Waschgeschirren, sowie mit einem Verbandsoffe und Mobiliamenten für die erste Hilfeleistung bei Unfällen enthaltenden Kasten ausgestattet, endlich auch vom 1. Oktober bis 1. April heizbar sein. Baumaterialien irgend welcher Art dürfen in diesen Räumen nicht gelagert werden. Die Waubude muß für die ganze Dauer des Baues erhalten bleiben. Die Amtshauptmannschaft Annaberg und noch etliche verlangen Vorrichtungen zum Aufhängen der Kleider und wassergefüllte Spucknapfe. Auch soll ein Anschlag angebracht werden mit der Aufschrift: „Nicht auf den Boden spucken, Spucknapf benutzen.“ Regelmäßig sind die Verordnungen der Amtshauptmannschaft Waagen, Döbeln, Dresden-Alt- und -Neustadt, Zwickau, und die der Stadträte zu Lommatzsch, Meißen und Rochlitz. Die Stuccateure, Putzer, Töpfer usw. werden sich nachstehende Verordnung der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde der Stadträte zu Zittau und Dippoldiswalde wünschen. Sie lautet: „Vom 1. Oktober bis 1. April dürfen Stuccateure, Putzer- und Töpferarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Thüren und Fenster verschlossen sind. Die vorläufige Anbringung derartiger Verschlässe ist für genügend zu erachten.“ In Dresden und noch vielen andren Orten müßte die im Ausbau Beschäftigten vom 15. März bis 15. November in der Zukunft arbeiten, wenn sie nicht mit Hilfe der Organisation der Gesetzgebung vorangeht. Der Zittauer Stadtrat verbietet offene Coaksfeuer überhaup: „Die Austrocknung der Räume ist durch verseybare eiserne Ofen mit Rauchableitungsröhren oder in andrer geeigneter Weise zu bewirken.“ Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg schreibt für jede am Bau beschäftigte Person 1 Quadratmeter Grundfläche der Waubude vor, anstatt 0,75 Meter, wie die übrigen Behörden bestimmen. Die Dresdener Amtshauptmannschaft verordnet, daß die Unfallverhütungs-Vorschriften der sächsischen Bau-Gewerkschafts-Vereingung für Betriebsinhaber usw. Teil A auf den Baustellen aufgebängt werden. (Dies sind die weitgehendsten Bestimmungen.) Daß nur etliche Behörden verordnen, den Teil A der Unfallverhütungs-Vorschriften auszuhängen, ist charakteristisch.

Aus der Frauenbewegung.

In der Generalversammlung des Vereins der Mütterinnen am 9. Januar erstattete die erste Vorsitzende den Vorstandsbericht. Sodann verlas die Kassiererin den Vierteljahrsbericht, der eine Einnahme von 398,04 M. und eine Ausgabe von 59,60 M. aufweist. Unter Verschiedenem wurden die Firmen Gotheim und Jordan einer scharfen Kritik unterzogen. Die Rechnung des gesamten Vorstandes hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzende Frau Schulz, 2. Vorsitzende Frau Milz; 1. Kassiererin Frau Lange, 2. Kassiererin Frau Müller; 1. Schriftführerin Frau Benz, 2. Schriftführerin Frau Scholz.

Versammlungen.

Die Antisemiten sind durch die gepfefferte Kost, welche ihnen ihr Dreikönig bietet, etwas verwöhnt, und deshalb ziehen auch Nebner, die hinter dem wüsten Geschimpfe des edlen Grafen Wälder zurückbleiben, nicht mehr. Die Antisemitenversammlung, die am Montag bei Euggenhausen stattfand, war aus diesen Grunde auch nur mäßig besucht. Zudem ist ja auch das Thema: Der Staat der Pfandbriefbanken, kein solches, welches einem Antisemiten besonders dankbar erscheinen könnte. Sind doch die Leiter und Protektoren der verachteten Banken christlich-germanische Leute vom reinsten Wasser. Nun, den einen Trost konnte Herr Dr. Böckel sich und seinen Zuhörern wenigstens geben, daß auch bei dem Hypothekendarlehen-Schwindel der Jude Baron Cohn einer der Hauptmacher war, und daß auch Herr Runkel, der zwar kein Jude, aber doch ein Freisinniger ist, eine Rolle dabei spielt. Redacteur Wöckler ging noch etwas weiter in der Entdeckung jüdischen Einflusses. Er deduzierte: Sanden ist ein Jude nicht, denn er war eng befreundet mit dem Freiherrn v. Mirbach, und dieser hat ja im Vorzimmer Singers herumgestanden und so viel jüdische Gelder für den Bau der Kaiser-Wilhelm-Kirche gesammelt, als ob es sich um den Bau einer Synagoge gehandelt hätte.

Wer ist da noch sicher, daß ihn die Antisemiten eines Tags als ganz verflumpen Judenrecht erkennen werden.

Der sozialdemokratische Agitationsverein für den Reichstagswahlkreis Stralund-Franzburg-Rügen tagte am 6. d. M., um den Bericht über die Thätigkeit des Vereins im letzten Vierteljahr entgegenzunehmen. Der Kassenbericht weist einen Kassenbestand von 26,85 M. auf. Der § 1 des Statuts erhielt folgenden Zusatz: Und so weit die Mittel reichen, Greifswald-Grümmen zu unterstützen. § 10 erhält folgende Fassung: Statutenänderungen, welche nur in einer Generalversammlung vorgenommen werden können, und über die die einfache Majorität entscheidet, müssen den Mitgliedern in der letzten Sonnabend-Nummer des „Vorwärts“ im Vereinskalender zur Kenntnis gebracht werden.

Die deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft hielt am 6. Januar in dem Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Nach einem Vortrag über die Rechtsverhältnisse in gewerblichen Streitigkeiten, den Karl Ormohl hielt, beschäftigte man sich mit der Frage: Wie stellen wir uns zu den Entlassungen bei Reinhold u. Westphal? Alfred Schröder bemerkte hierzu, daß acht aus der Fabrik von R. u. W. in letzter Zeit entlassene Kollegen sich als Gemahregelte betrachten. Nebner glaubt aber, daß nicht genügend stichhaltige Gründe für diese Annahme vorlägen. Die Ortsverwaltung hat trotzdem 1 1/2 Woche Unterstützung gezahlt und es im weiteren den Kollegen anheim gestellt, sich event. an die gesamte Mitgliedschaft hiesiger Organisation zu wenden, was nun auch geschehen ist. Nach längerer Diskussion verneinte die Versammlung mit großer Majorität das Vorhandensein einer Nachregelung.

Der Verein der Kleber (Tapezierer) hielt am 9. Januar eine Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorstandes tagten innerhalb des letzten Quartals 1900 sieben Versammlungen. Die Einnahmen waren infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering, da die Kollegen, die den Tarif hochhalten, zum großen Teil auf der Straße liegen. Die Frühjahrssaison und die damit verbundene Hebung der Bewegung wird ja in dieser Hinsicht wieder Wandel schaffen. Dem Bericht des Kassierers zufolge betrug die Einnahme im 4. Quartal des vorigen Jahres 37,30 M., der Bestand vom vorigen Quartal betrug 108 M., macht einen Gesamtbestand von 145,30 M. Die Ausgaben betrugen im 4. Quartal 74,09 M., mithin bleibt ein Bestand von 71,21 M. Unter Vereinsangelegenheiten wurde der Vorstand nochmals beauftragt, gegen die betreffenden Kollegen, die vom Stiftungsfest noch nicht abgerechnet haben, energisch vorzugehen. Nachdem noch auf die am 23. Januar bei Jamsch, Inselstraße 10, stattfindende öffentliche Versammlung der Kleber aufmerksam gemacht und für rege Agitation für dieselbe aufgefordert, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Fliesenleger nahmen in ihrer Generalversammlung am 10. d. M. den Bericht über die Thätigkeit des Vereins im Jahre 1900 entgegen. Die Mitgliederzahl ist vom Anfang des Jahres 1900 bis zum Schluß desselben von 63 auf 109 gestiegen, mithin ist nur noch ein Drittel der Fliesenleger unorganisiert. Die Abrechnung weist eine Jahres-Einnahme von 500 M. und eine Ausgabe von 506 M. auf. Es befinden sich jedoch 100 M. in Händen des Vergnügungsausschusses, weil vom Stiftungsfest noch nicht abgerechnet ist. Es folgte nunmehr die Wahl des Vorstandes und wurden folgende Mitglieder gewählt: Häfner erster, Brandes zweiter Vorsitzender; Franz Wegner erster, Kistake zweiter Kassierer; Seidel erster, Schwarz zweiter Schriftführer; Propp, Holz, Pflüger, Revisoren. In der Besprechung des Ausschusses wurden Wenz und Keller delegiert. Bei Besprechung des Arbeitsnachweises wurde es allgemein gerügt, daß sich die Arbeitslosen nicht melden. Man beschloß deshalb, es jedem Kollegen zur Pflicht zu machen, den Arbeitsnachweis bei Pflüger, Steinmeyerstr. 36, zu benutzen.

Charlottenburg. Die Barbier- und Friseurgehilfen Charlottenburgs hielten am 10. Januar eine ziemlich besuchte Versammlung ab. Dieselbe nahm ein Referat des Kollegen L. u. B. über die Lage entgegen. Der Referent nahm Bezug auf die bevorstehende, von den Meistern geplante Preiserhöhung und auf die durch den Umstand notwendig werdende Lohnbewegung der Gehilfenchaft, daß der Gehilfe durch die Preiserhöhung des größten Teils seines Zeitgelbes verlustig geht. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag nahm die auch von Meistern besuchte Versammlung einstimmig folgende Resolution an: Die heutige Versammlung des Zweigvereins Charlottenburg erkennt die Ausführungen des Referenten an und beschließt, nicht eher der Preiserhöhung zuzustimmen, ehe nicht der Gehilfenchaft eine dementsprechende Lohnbewegung gesichert ist. — Bei der Vorstandswahl am 20. Dezember wurden gewählt: Schöberl als erster, Marschle als zweiter Vorsitzender, Dahn e als Schriftführer und Wimmer als Kassierer.

Rixdorf. Die Möbelpolierer hörten in ihrer Versammlung am 10. d. M. einen Vortrag des Herrn Stenz über die Division. Im Anschluß hieran wurde eine Resolution angenommen, die sich für ein Verbot der Division ausspricht.

China.

Die Bogerjagden dauern fort!

Waldersee meldet aus Peking: Kolonne Pawel zurückgekehrt, nachdem Hauptkräfte Suanhuu erreicht hatten. Detachement unter Major Thiemig (Kommandeur der Mun.-Kol.-Abt.) ist von Tientsin nach Peking (95 Kilometer südlich von Tientsin) abmarschiert, wo sich räuberische Banden gezeigt haben.

Die Note ist nunmehr unterzeichnet, der Präliminarfrieden abgeschlossen worden und nichts destoweniger herrscht in China der Kriegszustand fort! Wozu hat man unter diesen Umständen eigentlich so sehr auf die Unterzeichnung der Note gedrängt?

Daß die Unterzeichnung der Note nicht den definitiven Friedensschluß im unmittelbaren Gefolge haben wird, begreift auch unsere Presse. Sie sollte indessen auch die Frage aufwerfen, wer nunmehr die Schuld an der weiteren Verschleppung trägt. Zweifellos die Mächte, die vor lauter Einnahmestrebungen nicht dazu kommen, ihre Einmütigkeit durch einen gemeinsamen Friedensvertrag zu dokumentieren.

Nebst dem scheint die Annahme der Note durch die Unterhändler doch noch ihren Haften zu haben. Eine New Yorker Meldung besagt: Prinz Tsching teilte dem Doyen des diplomatischen Corps mit, daß er und Li-Hung-Tschang am Sonntagmorgen das Friedensabkommen unterzeichnet haben, aber er glaube nicht, daselbe den Gesandten vor Mittwoch überreichen zu können, infolge der Schwierigkeit, das kaiserliche Siegel zu erlangen, dessen Aushändigung nur auf persönlichen Befehl des Kaisers erfolgen dürfe.

Rußlands Abzug.

Mit Ausnahme von 1000 Mann, die teils zur Bewachung der Gesandtschaft in Peking, teils in Tientsin und Changhai zurückbleiben, räumen die russischen Truppen die Provinz Tschili und begeben sich nach Kinschau, von wo sie, wie es heißt, auf Wulden zu marschieren werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Wahlen in Oesterreich.

Wien, 15. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Heute ist der zehnte Sozialdemokrat gewählt worden. Seitz ist im Städtebezirk Kornneburg in der Stichwahl durchgedrungen. Der Sieg ist um so glänzender, als der Gegner 18 Jahre als Landesausführungsrat den Bezirk vertreten hatte, und es der erste Sieg in den privilegierten Curien ist, in die nun endlich Preische geschlagen worden ist. Die deutsche Fraktion steht in voller Stärke ins Parlament zurück. Sämtliche 5 Verluste sind durch neue Erfolge wettgemacht worden.

Wien, 15. Januar. (W. T. B.) Bei den heutigen Reichstagswahlen des Großgrundbesitzes wurden in Böhmen 16 Konservative, 7 Reformparteiern gewählt; der Besitzstand bleibt unverändert. In Galizien wählte der Großgrundbesitz 20 Anhänger des Polenklubs, unter ihnen den Obermann dieses Klubs Jaworski und den früheren Abgeordnetenhaus-Präsidenten Abrahamowitsch. Bei den Wahlen des Großgrundbesitzes in Salzburg unterlag der bisherige, der katholischen Volkspartei angehörige Vertreter Hölzl gegen den deutschpolitischen Kandidaten Gmahl. — Bei den Stichwahlen der Städte wurde in Boralberg der deutschpolitische Drezel wiedergewählt. Der reformparteiliche Großgrundbesitz gewinnt ein Mandat von der deutschen Volkspartei; die katholische Volkspartei verliert ein Mandat an die deutsche Volkspartei. Der sonstige Besitzstand bleibt unverändert.

Ein Defraudanten-Kleblatt.

Rürberg, 15. Januar. (W. T. B.) Wie der „Frankische Courier“ aus Ansbach meldet, wurde gestern Abend nach 4 Uhr im städtischen Walde am Bafenberg der Kontrolleur des hiesigen landwirtschaftlichen Kreditvereins für Mittelfranken, Adolf Greiner, erhängt aufgefunden. Die Polizei erhielt Kenntnis von einem Briefe, den Greiner zurückgelassen und in dem er von Schande spricht, die er nicht überleben könne, weshalb er in den Tod gehe. Auf eine Anfrage bei dem Vorgesetzten des Greiner, dem Direktor des genannten Vereins Georg Schneider, zeigte sich, daß dieser seit Sonnabend fehlt, angeblich soll er nach München gereist sein. Eine weitere Umfrage bei dem ersten Vorsitzenden des Kreditvereins, Privatier und Gemeindevollmächtigter Torn ergab, daß dieser ebenfalls fehlt. Eine sofort durch Mitglieder des Ausschusses und Polizeibeamte vorgenommene oberflächliche Nachforschung in den Kassen ergab genügende Anhaltspunkte dafür, daß die drei Genannten zusammen den Verein schwer geschädigt haben. Wie hoch sich die Fehlbeträge belaufen, kann augenblicklich noch nicht angegeben werden, da heute erst eine genauere Revision stattfindet. Wie die „Frankische Zeitung“ in Ansbach hierzu noch meldet, hat nach gestern Abend eine Sitzung des Ausschusses stattgefunden, bei der es sich herausgestellt hat, daß von dem über 300 000 M. betragenden Referendums nur noch ein geringer Betrag vorhanden ist, und daß Fälschungen in den Büchern vorgenommen worden sind.

Der Boerenkrieg.

Kroonstad, 15. Januar. (Waldung des Reuterschen Bureau.) Längs der ganzen Bahnlinie nach Korden sind die Boeren äußerst thätig. Verschiedene kleine Abteilungen derselben haben in den letzten Tagen die Bahnlinie überschritten. Auch zwischen Kroonstad und Lindley zeigen sich häufig Boeren. Alle größeren Boerenabteilungen scheinen sich in südlicher Richtung mit De Wet zu vereinigen.

London, 15. Januar. Wie das Reutersche Bureau meldet, beabsichtigt das Kriegsamt starke Abteilungen Deomanz einzuberufen und nach Südafrika zu entsenden, sowie mehrere Militärbataillone wieder einzustellen.

Budapest, 15. Januar. (W. T. B.) Ungefähr 2000 Arbeitslose versammelten heute, um zu demonstrieren, einen Umzug; die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Reichstag.

20. Sitzung vom Dienstag, den 15. Januar 1901, 1 Uhr.

Am Bundesratsliche: Kriegsminister v. Goltz. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Duell-Interpellation des Abg. Trimborn (C.).

„Mit dem Herrn Reichskanzler bekommt, daß zur Vorbereitung einer Wahl zum Reserve-Offizier in Köln den allerhöchsten Befehlen zuwider Nachforschungen über die grundsätzliche Stellung der Aspiranten zum Zweikampf angezettelt, daß die Ergebnisse bei der Wahl zur Sprache gebracht, und daß daraufhin diejenigen Aspiranten, welche Stellung gegen den Zweikampf genommen hatten, nicht gewählt worden sind?“

Was hat der Herr Reichskanzler gethan, um die in Betracht kommenden Stellen zur Verantwortung zu ziehen?“

Kriegsminister v. Goltz

erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Abg. Trimborn (C.):

Die Vorgänge, auf die sich meine Interpellation stützt, haben in meiner Vaterstadt große Erbitterung erregt. Die betreffenden Aspiranten gehörten einer studentischen Vereinigung an, die das Duell verurteilt. Sie sind von dem Bezirkskommandeur und später vor dem Ehrenrat direkt gefragt worden, wie sie zum Duell stehen. Einem der Aspiranten wurde die schriftliche Erklärung abverlangt, daß er seine Ehre niemals im Wege des Zweikampfs wahren werde. Als er darüber ein erstauntes Gesicht machte, meinte der Vorsitzende des Ehrenrats: Die Herren müßten das bei den Wahlen „wissen“.

(Hört! hört!) Zwei der Herren beschwerten sich bei der Brigade und erhielten den Bescheid: Die Beschwerde ist begründet, Rekurs ist einzuleiten. Denjenigen Herren, die sich nicht beschwert hatten, wurde zunächst mitgeteilt, es müßten noch weitere Erklärungen über sie eingezogen werden. Worauf sich diese bezogen, geht daraus hervor, daß man die Herren fragte, auf welcher Universtät sie studiert hätten. — Gegen denjenigen der Aspiranten, dem die schriftliche Erklärung abverlangt war, wurde inzwischen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen einer unrichtigen dienstlichen Angabe. Hierauf stehen 2-3 Monate Gefängnis. Der Vorsitzende des Ehrenrats hatte nämlich angegeben, die Angabe, es sei dem betreffenden Aspiranten eine schriftliche Erklärung abverlangt, sei falsch. Am 29. Dezember wurde dann dieses Ermittlungsverfahren eingestellt. (Hört! hört!) Für den Vorsitzenden des Ehrenrats war das eine schwere moralische Schädigung. (Sehr richtig! im Centrum.) Bei der schließlichen Wahl fielen nun drei der Aspiranten durch, einer kam durch. Dieser letztere gehörte einer Korporation an, die zwar auch das Duell verurteilt, aber dies nicht ausdrücklich in ihrem Statut ausgesprochen. Schon daraus geht klar hervor, daß es sich bei der Ablehnung der Wahl um die Stellung zum Duell gehandelt hat.

Meine Anfrage an den Herrn Reichskanzler, richtet sich vor allem darauf, wie er sich zu diesen Vorgängen bei dieser Offizierswahl stellt. Der Herr Kriegsminister hat hier im Reichstage ausdrücklich erklärt, daß auf Grund eines königlichen Befehls bei der Wahl zum Offizier die Stellung der Aspiranten zum Duell nicht in Frage kommen dürfe. In diesem Falle haben sich der Bezirkskommandeur sowie der Vorsitzende des Ehrenrats gegen den Befehl ihres allerhöchsten Kriegsherrn verhalten. (Sehr richtig! im Centrum.) Der königliche Befehl ist seinem Buchstaben wie seinem Geiste nach nicht beachtet worden. Ich habe also ein Recht zu fragen, was geschehen ist, um diejenigen, die die königlichen Befehle ignoriert haben, zur Verantwortung zu ziehen. Und weiter: was soll geschehen, um der Wiederholung solcher Fälle vorzubeugen?

Wird die Praxis, wie sie in Köln geübt ist, gebilligt, so werden alle diejenigen, die es mit dem Christentum auch in der Duellfrage ernst nehmen und die in dieser Frage auf dem Boden des Gesetzes stehen, von dem Offiziersstand ausgeschlossen. Das wäre eine schwere Schädigung für den Offiziersstand selbst. (Sehr richtig! im Centrum.) Der Herr Kriegsminister wird sich also unmöglich auf den Standpunkt stellen dürfen, wie es hier in dem Kölner Fall zum Ausdruck kommt: nur Anhänger des Duells dürfen Reserve-Offizier werden.

Kriegsminister v. Goltz:

Bereits gleich nach Zusammentritt des Reichstags wurde mir Mitteilung über diesen Fall seitens des Herrn Abg. Trimborn gemacht. Ich empfahl ihm, sich an das Generalkommando des VIII. Armee-Corps zu wenden, da ich als Kriegsminister nicht kompetent sei. Er hat das gethan und erhielt die Antwort: „Die Beschwerde ist begründet, die unzulässigen Schriftstücke in den Akten sind zu vernichten.“

Was nun die Offizierswahl am 4. Januar 1901 in Köln betrifft, so stehen die Verhandlungen selbst natürlich unter dem Dienstgeheimnis. Würde man das verletzen, so würde daraus eine ganze Reihe persönlicher Konflikte folgen. Auch die Herren Interpellanten haben wohl aus diesen Gründen in ihrer Interpellation keine Namen genannt. Was die prinzipielle Seite der Frage anlangt, so ist es klar, daß bei der Wahl zum Offizier die Stellung zum Duell nicht maßgebend sein darf. Dem steht der königliche Armeebefehl entgegen. Das Landwehr-Offizierscorps hat lediglich darüber zu befinden, ob die Aspiranten eine dem Ansehen des Offiziersstands angemessene ehrenhafte Gesinnung besitzen. In Zweifelsfälle muß das Gegenteil durch Nachweis einer unehrenhaften Handlung bewiesen werden. Sind diese Bestimmungen, die für das ganze Reich gelten, im vorliegenden Falle nicht befolgt, so hätte die Minorität der an der Wahl beteiligten Offiziere sofort einen Verstoß an höherer Stelle melden müssen. Wenn sie hatten die nichtgewählten Aspiranten die Besetzung des Dienstweges zu beschreiten.

Die Bestimmungen sind also ganz klar und auch Mittel und Wege sind vorhanden, die Bestimmungen, wenn sie verletzt werden, zur Geltung zu bringen. Es liegt also für die Heeresverwaltung kein Anlaß vor, weitere Maßnahmen höheren Orts zu empfehlen.

Was die Anklagen des Herrn Abg. Trimborn gegen den Bezirkskommandeur und den Vorsitzenden des Ehrenrats betrifft, so wird natürlich Veranlassung genommen werden, diese Sache aufzuklären. (Lachen links. Zwischen im Centrum.)

Abg. Wülfing (nall.):

Auch meine politischen Freunde beurteilen es, wenn die Stellung der Offiziersaspiranten zum Duell bei der Wahl maßgebend ist. Durch die Erklärung des Herrn Kriegsministers scheint mir die Sache doch nicht erledigt zu sein. (Sehr richtig! links.) Freilich weiß ich nicht, wie wir andre Garantien von ihm bekommen können als die allerhöchsten Befehle, wie sie jetzt schon vorliegen. Wir können höchstens die Hoffnung aussprechen, daß diese Befehle in Zukunft besser beachtet werden. (Lachen links.) Ueber die prinzipielle Frage der Beurteilung des Duells haben wir uns seiner Zeit ausführlich und klar geäußert. Angesichts des zu Tage getretenen ernstlichen Willens der allerhöchsten Stelle können sich meine Freunde von einer nochmaligen Erörterung dieser Frage keinen Erfolg versprechen. (Bravo! bei den National-Liberalen.)

Abg. Dr. Wahnke (fr. Gg.):

Der vorliegende Fall ist ernst genug. Die Anschauungen, die in der Armee herrschen, übertragen sich auf das Bürgerium. So hat sich ein bestimmter Ehrentadel herausgebildet. Es könnte von oben nicht gesehen, um dem Unsin zu steuern. In England sind ganz andere Maßnahmen gegen das Duell getroffen worden und erfolgreich gewesen. Der Duellverstoß des Kaisers

von 1897 redet sehr viel von Standesehre und Standesfiese. Darin unterscheidet er sich von dem englischen Erlaß, der keine solche Unterschiede macht und dem Duell nicht solche Hinterthüren öffnet. Es scheint sogar, als sei man früher in Preußen energischer gegen den Duellkampf eingeschritten. Heute gehört oft mehr Mut dazu, ein Duell abzulehnen, als ein Duell anzunehmen. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Die Gesetzgebung gegen das Duell ist sehr milde, und milde ist die Anwendung dieser Gesetze. In der Regel wird nur Festungshaft verhängt, oft mehr eine Erholung, als eine Strafe. Was nützen aber die bestehenden Gesetze, was nützen selbst verschärfte Gesetze, wenn nachher die Begnadigung eintritt. (Sehr richtig! links.) Die Begnadigung wirkt hier als Begünstigerin von Delikten, nicht als Ausgleich für Gesetzesbrüche, sondern direkt als Heilmittel des Gesetzes. (Sehr wahr! links. Unruhe rechts.) Zwar wird uns gesagt, die Begnadigung sei ein Vorrecht der Krone und ihr habt nichts darüber zu sagen. Wir drücken aber doch unsere Ansicht offen aus. Nicht nur vom Standpunkt des Christentums ist das Duell verwerflich, sondern auch vom Standpunkt einer in sich selbst gefestigten Ethik verwerflich. Wie wirkt es auf das Rechtsgefühl des Volks, wenn der Mann, der das „Holz vom Richtenstamme“ nimmt, ins Gefängnis wandert, während der Duellant auf Festung kommt und begnadigt wird? Muß das Volk nicht denken, es wird doch ein Unterschied zwischen Hoch und Niedrig gemacht, wenn der Duellmörder nach kurzer Zeit in die Freiheit zurückkehrt, während der Arbeiter, der einen andren Streikbrecher nennt, auf Monate im Gefängnis sitzen muß. (Hört! hört! links.) Ist die Duellmissette erst aus der Armee verschwunden, dann wird sie auch anderwärts verschwinden. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Wachen (C.):

Erst als alle andren Wege versagten, haben wir uns in feierlicher Form an Sie und an das ganze deutsche Volk gewendet. (Bravo! im Centrum.) Es war auch eine Flucht in die Offenlichkeit. Diejenigen, die auf dem Boden des Gesetzes stehen, werden vom Offiziersstand ausgeschlossen. Wir wollen aber dem Könige und dem Vaterlande nicht nur als Unteroffiziere, sondern als Offiziere dienen. Das ist uns Ehrentage, Herzenssache und Pflicht. Wie ich höre, wird in Berlin auch jeder evangelische Theologe, der sich zur Offizierswahl meldet, direkt gestogt, wie er sich zum Duell stelle. (Hört! hört!) Ich wollte mich freuen, wenn ich selbst falsch berichtet worden bin. Der Beschwerdeweg, auf den der Herr Kriegsminister verwiesen, läßt sich gar nicht betreten, denn es wird ohne Motiv bei der Offizierswahl abgestimmt und auch psychologische Gründe lassen eine Beschwerde nicht begründen. Gewundert habe ich mich über die fähle Art, mit der der Kriegsminister die Frage behandelt hat. (Lebhaftes: Sehr richtig! im Centrum.) Bei einer Frage, die so tief ins Gewissen der Nation greift, hätten wir doch einen etwas wärmeren Ton erwarten dürfen. Ich verpöche mit von diesen Verhandlungen eine auffällende Wirkung. In weiten Kreisen herrscht völlige Unklarheit über den Sinn der betreffenden Kabinettsordres. In dem Kriege 1870/71 hat sich gezeigt, daß diejenigen Offiziere, die nach ihrem Gewissen und ihrer Religion das Duell verwerfen müssen, mit derselben Tapferkeit für das Vaterland gekämpft haben, wie die Anhänger des Duells. In der Orde von 1874 und in der Einführungsorder der Ehrengerichte ist nicht das mindeste zu finden, das zum Duell verpflichtet. Niemand verpflichtet sich zum Duell, der die Orde unterschreibt. Die Kabinettsorder von 1897 verbietet den Offizieren sogar, eine Forderung zu überbringen oder anzunehmen ohne vorherige Genehmigung des Ehrenrats. Der Herr Kriegsminister hat dafür zu sorgen, daß die Unklarheit, die über den Sinn der Kabinettsorder besteht, beseitigt wird. Hier ist eine wichtige Aufgabe des preussischen Kriegsministers und ich möchte wünschen, daß der Kriegsminister die Frage einer Revidition unterzieht.

Das Offizierscorps selbst hat das größte Interesse daran, daß diejenigen Elemente, die so feindselig sind, aus ihrer christlichen Gesinnung heraus auch das Duell zu verwerfen, nicht von ihm ferngehalten werden. Der deutsche Offiziersstand steht in allerhöchstem Ansehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dieses Ansehen muß ihm erhalten bleiben. (Bravo! links.)

Abg. Frhr. v. Levetzow (kons.):

Das inquisitorische Verfahren, das in dem Kölner Fall seitens des Bezirkskommandos angewandt ist, beurteilen wir ebenfalls auf das entschiedenste, denn es steht im Widerspruch mit dem allerhöchsten Befehl. Ich weiß nicht, ob ich in meiner Jugend den Mut gehabt hätte, jetzt würde ich jedenfalls auf decartige inquisitorische Fragen einfach die Antwort verweigern. (Bravo! rechts.) Ein weiteres Einschreiten der militärischen Vorgesetzten können wir auch nicht verlangen. Remedur ist eingetreten, die unzulässigen Schriftstücke sind entfernt und an den nötigen Verweisen wird es nicht gefehlt haben. Publiziert werden solche Verweise nicht.

Abg. v. Vollmar (Soz.):

Wenn wir die Duellfrage nur von unserem engeren Standpunkte aus betrachten wollten, so müßte uns der Duellunfug ziemlich kalt lassen. Uns kann es wenig kümmern, wenn ein Teil der herrschenden Klassen sich das Vergnügen macht, sich gegenseitig niederzuschlagen. Die große Mehrheit des Volks hat mit dem Duell nichts zu thun. Wir haben aber höhere Gesichtspunkte des Rechts der Kultur bei dieser Frage zu berücksichtigen und aus diesen Gesichtspunkten heraus müssen wir das Duell auf das allerentschiedenste bekämpfen. Wir leben in seinem Reichthum etwas Reichthumendes für unsre heutige Kultur, eine Gefahr für die Gleichheit und Siderheit des Rechts. Bei dieser Stellung zum Duell müssen wir selbstverständlich jede Androhung, welche ein Offizier oder Beamter im Staate deswegen, weil er das Duell verurteilt, dafür erhält, auf das schärfste mißbilligen. Eine größere Verböhmung des Rechtszustands ist kaum denkbar, als daß derselbe Staat, der sich als den Inbegriff des Rechts hinstellt und von jedem aus dem Volke Achtung und Befolgung der Gesetze verlangt, daß derselbe Staat dazu beiträgt, die Leute, die in seinen direkten Diensten stehen, sobald sie das Gesetz befolgen wollen, deswegen Unannehmlichkeiten und Strafen zu erdulden haben, während imgekehrt diejenigen, welche das Gesetz auf das offenbarste verletzen, gewissermaßen belohnt werden, indem man bei ihnen ein besonders feines Ehrgefühl voraussetzt. Das muß destruktiv wirken, wenn das Volk sieht, daß nur von ihm Gehorsam gegen die Gesetze verlangt wird, von den herrschenden Klassen aber nicht. Wir beurteilen also das Duell prinzipiell auf das entschiedenste und können uns deshalb auch nicht darauf verlassen, daß es erst in das Belieben des Ehrenrats gestellt wird, zu entscheiden, ob der betreffende Fall derart beschaffen ist, daß an ihm eine Ausnahme zu Gunsten des Duells gemacht werden kann. Was den vorliegenden Fall anbetrifft, so ist es uns natürlich vollkommen gleichgültig, ob drei oder vier von angesehenen Familien — ich weiß nicht, ob ganz besonders seiner Art, — Offiziere geworden sind oder nicht. Wir gehen nur von dem prinzipiellen Standpunkt aus, daß staatliche Center irgend welcher Art von den höchsten bis zu den niedrigsten auf bürgerlichem Gebiet wie auf militärischem jedem Staatsbürger offen stehen müssen, der die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt und den Pflichten, die ihm dies Amt auferlegt, nachkommt, und daß dabei keine Rücksicht genommen werden darf auf irgend welche religiösen bezw. philosophischen, auch nicht Rücksichten auf irgend welche politischen, sozialen, wirtschaftlichen Anschauungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden doch zugeben, daß z. B. kein Sozialdemokrat heute zum Offizier befördert wird.

Der Abgeordnete Trimborn führte vorhin als Beweis dafür, daß gegen den einen der Aspiranten nichts vorgelegen haben konnte, an, daß derselbe dem Gardecorps angehört hätte. Nun ich kenne einen Fall, wo ein vielen von Ihnen bekannter Parteigenosse von mir dem Gardecorps angehört hat, während seiner aktiven Dienstzeit zum Unteroffizier befördert ist, nachher aber

von der Liste der zur Wahl gestellten Aspiranten gestrichen worden ist, daß er aber Unteroffizier geblieben ist und auch für geeignet erklärt worden ist, im Kriegsfall Offizier- Stellvertreter zu sein. Doch ich weiß ja, daß in diesem Punkt unsere Meinungen auseinandergehen; auch diejenigen, die vorurteilsfrei genug sind, das Duell zu verwerfen, sobald die Sache auf das politische Gebiet hinübergeht, andre Anschauungen vertreten und sich einen Offizier mit demokratischer oder gar sozialistischer Gesinnung gar nicht vorstellen können. Diese Ansicht ist natürlich genau so vorurteillos wie überhaupt die Verteidigung des Duells. Es wird zweifellos auch bei uns einmal die Zeit kommen, wo man, wie in der Schweiz, Frankreich und England, überzengt ist, daß auch Leute, die sehr weitgehenden socialistischen, wirtschaftlichen Auffassungen hehdigen, nichtbedauerlicher treue Diener des Amtes sein können, zu dem sie berufen sind. Was den vorliegenden Fall weiter anlangt, so ist derselbe ja allerdings durch die Erklärung des Herrn Kriegsministers erledigt. Die Remedur, die gefordert ist, hat der Kriegsminister bereits eintreten lassen, und was die Wahl des Offizierscorps betrifft, so wissen Sie ja alle, daß dies besonders vollkommen in das Ermessen der betreffenden Herren Offiziere gestellt ist. Es zeigt sich hier wieder auf das deutlichste, wie schwierig überhaupt die Befämpfung des Duells ist, so lange im Offizierscorps derartige exklusive Meinungen ihren Sitz haben. Weiter zeigt der Fall, und das ist für meine Parteigenossen das wichtigste, daß die Art, wie die Duellangelegenheit gegenwärtig bei uns bekämpft worden ist, eine durchaus unzureichende ist. Herr Wülfing meinte, Remedur sei eingetreten und im übrigen beständen die kaiserlichen Erlasse. Das heißt also, die Herren sind der Ansicht, wir sind vollkommen machtlos. Das wäre aber doch das ungeheuerlichste Armulsgenugnis, was die deutsche Volksvertretung sich anstellen könnte. Ich meine, wenn hier nichts weiter gethan werden kann, so ist es Schuld des Reichstags. Und die Herren vom Centrum sind nicht am wenigsten schuld daran, daß die Dinge so liegen. Als der kaiserliche Erlaß seiner Zeit erliehen, da hat Herr Lieber erklärt, dieser Erlaß erfülle nicht einmal diejenigen Erwartungen, welche der Reichskanzler Fürst Hohenlohe durch seine Erklärung im Reichstage erweckt habe, geschweige denn, daß den prinzipiellen Forderungen des Centrums nachgekommen sei. Er hoffe nur, daß die Wirkung des Erlasses weiter als der Wortlaut gehen werde. Seine lange Zeit verging darauf, so hatten wir die Reichs- Militärgerichts-Ordnung zu verhandeln, und da war die Stellung des Centrums bereits eine ganz andre geworden. Da hatte man sich in eine derartige Verpönderung der kaiserlichen Erlasse hineingeredet, daß man die Wirkung derselben auf die Vermindeung der Duelle nicht genug hat rühmen können und daß man sich bereit finden ließ, die nicht dem aktiven Dienstverhältnis angehörenden Offiziere des Reservestandes der privilegierten Gerichtsbarkeit des Militärs zu unterstellen, also Räten aus Kreisen, deren Auflassung über das Duell den Herren ja belamt war. Auch Herr Wachen hat ja ein förmliches Loblied auf die kaiserlichen Erlasse gesungen und mit aller juristischer Kunst zu beweisen gesucht, daß in demselben kein günstiges Wort für die Duelle drin steht. Thatächlich sind aber die kaiserlichen Erlasse auf halbem Wege stehen geblieben. In ihnen wird das Duell als höchst anerkannt. (Ruf des Abg. Wachen: Nicht im mindesten!) — Gewiß, es steht ausdrücklich drin: Ja, will, daß die Duelle mehr als bisher vermindert werden. Was würden Sie dazu sagen, wenn jemand von den katholischen Dogmen sagen würde, ich wünsche, daß sie mehr als bisher anerkannt werden? Es handelt sich eben einfach um die Inthronisierung des Königs und des prinzipiellen Standpunkts. Dem Königsstandpunkt ist in den kaiserlichen Erlassen bis zu einem gewissen Grade genüge geschehen; aber prinzipiell ist das Duell noch nicht verboten. Es ist durchaus notwendig, das Duell ein für allemal zu verbieten. (Rufe im Centrum.) Allerdings ist es bereits verboten, aber bei den Offizieren, bei denen es thatsächlich vorhanden ist, muß es erst extra verboten werden, weil es bisher geduldet worden ist. Wenn ein Offizier gegen die bürgerlichen Gesetze verstößt, so ist er die längste Zeit Offizier gewesen, beim Duell zieht man diese Konsequenzen nicht. Ehe dies nicht geschieht, wird das Duell aus dem Heer nicht verschwinden. Wir verlangen, daß der ganze Reichstag und vor allem auch das Centrum nicht nur mit schönen Worten sondern mit Thaten prinzipiell gegen das Duell vorgeht. Das Centrum möge sich endlich einmal von seinen höchsten Rücksichten freimachen und zu den alten großen Principien zurückkommen, die es früher verkündet hat. Ob das noch möglich ist, ist eine andre Frage, auf die ich heute nicht eingehen kann. Jedenfalls trägt das Centrum mit der Verantwortung an den jetzigen Zuständen und wir müssen verlangen, daß es so handelt, daß solche Interpellationen nicht mehr vorkommen können. That es das, so wird es uns stets mit Vergnügen an seiner Seite finden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (fril.):

Den Kölner Vorfal beaurte ich außerordentlich. Wenn mir die Frage vorgelegt wäre: Bist Du unter allen Umständen Satisfaktion geben, so hätte ich dem betreffenden Herrn entgegen, das ganze ihn gar nicht an. Die studentischen Meinungen gehören nicht hierher. Diese betrachte ich nur als ritterliche Urkungen. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen die Behörden veranlassen werden, künftig nach den königlichen Kabinettsordres zu handeln.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Ich möchte das hohe Haus doch bitten, sich nicht darüber zu täuschen, welchen Eindruck diese Verhandlungen im Lande machen. Da reicht sie alte Brunden auf. Das Volk kann es nicht verstehen, daß die Angehörigen der besseren Stände in dieser Beziehung in ihren Vergehungen mit andren Klasse gemessen werden, als die Angehörigen der unteren Klassen, daß ein Angehöriger der besseren Stände frei ausgeht, der seinen Gegner mit kaltem Blute niederknallt, während ein Arbeiter, der sich durch seine Leidenschaft fortreiben läßt, im Kerker darüber nachzudenken hat. Wozu ist es überhaupt nötig, daß das Offizierscollegium eine Wahl auszusuchen hat. Kein andrer Mensch, der sich dem Dienste des Staates widmen will, ist von einer Wahl abhängig. Vielleicht gelangt es dem Herrn Kriegsminister, auch auf diesen Gebiete gleiches Recht für alle zu schaffen. Einer meiner Herren Vorgesetzten hat einen Fall dafür angeführt, daß die Duellverweigerung auch noch in das bürgerliche Leben der betreffenden hinüber wirkt.

Abg. Dr. Lieber (C.):

Ebenso wie mein Freund Wachen bin auch ich erstaunt gewesen über die Antwort des Herrn Kriegsministers. Ich erkenne an, daß er mit allem verständlichen Rückdruck ausgesprochen hat, daß die Vorkommnisse in Köln allerhöchsten Befehlen widerstreiten und vollständig ungebührig sind. Nachdem aber die Zuwiderhandlungen in so krasser Form wie in Köln zu Tage getreten sind, hätte ich doch erwartet, daß der Kriegsminister die kaiserliche Verordnung, deren Datum wir heute erfahren haben, vom 16. Juni 1896, dem Reichstag und dem gesamten deutschen Offizierscorps verlesen und eingeschärft hätte. (Sehr richtig! im Centrum.) Dann oder nun ich auch mein Erstaunen darüber ausdrücken, daß der Kriegsminister nur in einer sehr kurzen und wenig bedeutenden Wendung auf die Frage des zweiten Abhates seiner Interpellation eingegangen ist, welche nach den Schritten fragt, die der Reichskanzler gethan hat, um die betreffenden Stellen zur Verantwortung zu ziehen. Der Kriegsminister hat lediglich erklärt, wenn die betreffenden Stellen sich vergangen haben, so werden Erhebungen angestellt und Remedur geschaffen werden. Nach meiner Meinung handelt es sich in diesem Falle um bewusste Rebellion gegen einen kaiserlichen Befehl. (Sehr richtig! im Centrum.)

Wir hatten geglaubt, es sei längst Remedur eingetreten. Der Kriegsminister hat zwar sich und die ganze Reichsverwaltung vollständig entlastet, aber ganz andre Stellen ebenso befallen. Herr Müller-Sagan hat das Wahlrecht der Offiziere berührt und befragt, wozu es nötig sei. Ich bin mit dem Herrn Abg. Müller-Sagan durchaus einverstanden, wenn er den Kriegsminister zu erwägen bittet, ob diese Einrichtung nicht abzuschaffen ist, wenn sie in dieser Weise missbraucht wird. Hier hat das Offizierscorps sein Wahlrecht gegen den ausdrücklichen Willen des Königs ausgeübt. Herr Wasmuth hat die Meinung ausgesprochen, der Sitz des Uebels des Wehrpflichtigen liege in der Armee. Nach meiner Erfahrung sind es die Herren Corporen, die die Schuld tragen. (Sehr richtig im Centrum.) Es muß darauf gedrungen werden, daß der Gegensatz zwischen Schlagenden und nicht Schlagenden studentischen Korporationen Halt macht vor der Armee. Ich verlange, daß diejenigen, die in die Armee eintreten, die Universitätszucht draußen lassen. Dem Abg. v. Bollmar können wir erklären, daß auch wir keinen Unterschied kennen zwischen Offizierschreie und bürgerlicher Ehre. Es ist ein unauflöslicher Widerspruch, daß man auf der einen Seite immer christliche Religion, Geseßlichkeit und alles das betont, und auf der andern Seite diejenigen glimpflich behandelt, die Religion und Geseße des Vaterlands mit Füßen treten. (Bravo! im Centrum.)

Kriegsminister v. Goltz:

Ich muß gegenüber den Ausführungen der Herren Vortredner betonen, daß ich keine andere Erklärung abgeben dürfte, als ich es gethan habe. Ich darf der höchsten Kommandogewalt nicht vorgreifen. Ich muß Seiner Majestät jetzt Bericht erstatten, und was dann geschieht, ist Sache Seiner Majestät. Wenn es dabei kommen sollte, daß ich derjenige bin, der befehligt, dann wäre das das größte Unglück für die Armee. (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine natürlich die höchste Kommandogewalt darf nicht in den Händen des jeweiligen Kriegsministers liegen.

Ich weiß von den Details des Falls gar nichts und war deshalb nicht berechtigt, von vornherein das Verhalten des Bezirkskommandeurs streng zu beurteilen. Ich habe nur die Pflicht, die Sache an höchste Stelle vorzubringen und Sie können sicher sein, daß Se. Majestät am allerwenigsten Ungehöriges gegenüber seinen Befehlen durchgehen lassen wird. — Im übrigen mache ich darauf aufmerksam, daß sich im Jahre 1900 nur vier Fälle von Duell im Heere ereignet haben, nur in einem Fall waren beide Parteien Offiziere. Ich meine, das ist doch eine überaus günstige Wirkung der kaiserlichen Geseße. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Beantwortung der Interpellation.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern.

Beim Titel: Staatssekretär äußert

Abg. Bebel (Soz.):

Auf die 12 000 Mark-Affaire will ich heute nicht weiter eingehen. Mein Genosse Fischer hat sich nochmals hierzu zum Wort gemeldet. Nur soviel will ich Herrn Hise erwidern: für uns ist die Sache von außerordentlicher Wichtigkeit nicht wegen der Person, sondern wegen des charakteristischen Systems, das seit langem im Reichsamte herrscht. Die jeweiligen Leiter dieses Amtes stehen seit Jahren mit den Unternehmerverbänden in Verbindung. Als ich 1888 auf dieses Verhältnis das klassische Wort des Kommunistischen Manifestes anwendete: „Die Regierungen sind nur Ausschüsse für die Wahrung der Interessen der leitenden Klassen,“ rief mir Herr v. Bötticher ein „Sehr richtig!“ zu. Natürlich griff ich das sofort auf. Von seinem Worte auf einem Festessen des Centralverbandes: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ erhielt ich erst Kenntnis, als er nicht mehr im Amt war. Im Jahre 1896 brachte ich den Untergang der „Ebe“ zur Sprache und meinte, das Unglück hätte nicht so große Dimensionen annehmen können, wenn die Schiffbesatzung mit der Handhabung der Rettungsboote besser vertraut gewesen wäre. Die Debatte dauerte mehrere Tage, ich wurde heftig wegen meiner Aeußerung angegriffen. Da erhielt ich ein Telegramm aus Bremerhaven, worin mitgeteilt wurde, es seien Leute schon 11—18 Jahre beim Bremer Lloyd, die noch nie ein Bootsmanöver mitgemacht hätten. Ich teilte das mit und laun hatte ich meine Rede beendet, so trat Herr v. Bötticher an mich heran und bat mich, ihm den Namen des Mannes, von dem diese Mitteilung ausging, zu nennen. Ich that das im Vertrauen auf seine Diskretion. Zufällig fuhr bald darauf ein Parteigenosse von mir und Abgeordneter in einem Coupé erster Klasse von Hamburg nach Berlin mit einer Anzahl Reeder zusammen. Da erzählte ein bekannter Kieler Reeder, er hätte sofort an den Staatssekretär telegraphiert und ihn um den Namen des Mannes gebeten, der die Sache verraten habe. Herr v. Bötticher hat ihm den Namen genannt (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) und mein Vertrauen gemißbraucht. (Wui! bei den Socialdemokraten.) Der Mann, der ein Destreicher war, wurde ausgewiesen. (Wui! bei den Socialdemokraten.) Die Reeder hatten im Gespräch gleich gefragt: Was wird denn nun mit dem Lumpen geschehen? Das war gewiß charakteristisch. Es ist nicht wahr, wenn Herr Hise von Prahlereien Bued's spricht. Bued hat gar nicht geprahlt. Jetzt herrscht ja wieder Ruhe und Frieden zwischen ihm und dem Staatssekretär, und wir können sicher sein, daß die beiden wieder zusammenarbeiten werden. Wir leben aber in einem Klassenstaat, und die Minister können sich dem Einfluß der herrschenden Klasse nicht ganz entziehen. Aber soweit wie bei uns darf es nicht kommen, wenn der Staat sich nicht um jede Reputation der arbeitenden Klassen bringen will. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Von meinem Freunde Mollenbue, der Mitglied der Kommission für Arbeiterstatistik ist, wissen wir, wie dürftig die Thätigkeit der Kommission in den letzten 2 Jahren gewesen ist. Ich habe mich nur gewundert, daß wieder 30 000 M. in den Etat eingesezt sind, diese geringfügige Summe kann doch in den letzten 2 Jahren nicht einmal verbraucht worden sein. Der gegenwärtige Vorsitzende ist Unterstaatssekretär des preussischen Eisenbahnministeriums, in dem gerade kein der socialen Reform freundlicher Geist herrscht. Er hat ein großes Departement zu verwalten und so scheint es mir ein Fehler zu sein, daß ihm der Vorsitz in der Kommission übertragen worden ist. Ist denn im Reichsamte des Innern kein sachverständiger Mann dafür vorhanden? Daß Herr Fleck der richtige Mann ist, bezweifle ich. Es ist aber eine Thatsache, daß die Kommission für Arbeiterstatistik bekannten Großindustriellen ein Dorn im Auge ist. Neulich hat ja auch Herr Hertel sich ausgesprochen. Arbeitsstoff für die Kommission liegt in Hülle und Fülle vor. Der Staatssekretär hat selbst auf eine Reihe von Aufgaben für sie hingewiesen, ja, warum hat er denn die Kommission nicht eher damit anfangen lassen, warum hat er ihr bis jetzt keinen Arbeitsstoff gegeben?

Wir haben häufig genug Beschwerden vorgebracht über die Lage in den verschiedenen Handindustrien. Wenn aber Untersuchungen darüber von unserer Seite angestellt werden, hält man sie für partiell, daher müßten auch hier die Thatsachen durch die Kommission für Arbeiterstatistik festgestellt werden. Ebenso müßte sich die Kommission mit der Lage der Stein- und Glasarbeiter beschäftigen. Der Herr Staatssekretär meinte, durch die fortgesetzte Kritik würden er und seine Beamten dagegen abgestumpft. Die Hauptfrage ist aber doch, ob unsere Klagen berechtigt sind und ob sie wiederlegt werden können. Das ist bisher nicht geschehen. Die Arbeit des Geheimrat Hoffmann über das Krankenversicherungs-Geseß erklärte der Herr Staatssekretär für eine Privatarbeit des Beamten. Das konnten wir aber bis zu dem Augenblick, wo diese Erklärung erfolgte, nicht wissen, denn der Herr Geheimrat hatte seine drei Artikel in dem preussischen Verordnungsblatt, also einem offiziellen Organ veröffentlicht. Danach mußte man annehmen, seine Ausführungen geben die Meinung der Regierung wieder. Wenn künftighin solche Widerlegungen verniedert werden sollen, muß der Herr Staatssekretär dafür sorgen, daß derartige Privatartikel von Beamten nicht in offiziellen Blättern erscheinen.

Daß die Herren im Reichsamte des Innern viel zu arbeiten haben, daß sie geradezu überbürdet sind, wissen wir. Gerade deswegen bringen wir auf eine andre Arbeitsteilung. Aber man kann auch viel arbeiten und trotzdem sehr unzuverlässig. Ich behaupte, daß z. B. die neuen Untersuchungen, die jetzt über die Notwendigkeit einer Abänderung der Bäderverordnung angestellt werden, die überflüssigste Arbeit ist, die jemals von einer Staatsbehörde gemacht wurde. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Gegenwärtigen wir uns doch, wie die bestehende Bäderverordnung zu stande gekommen ist. Auf die Klagen der Bädereisenen hin sind 1893 von der Kommission für Arbeiterstatistik außerordentlich umfangreiche Erhebungen angestellt worden und auf Grund des so gewonnenen unanfechtbaren Materials arbeitete der Bundesrat seine Verordnung aus, die im März 1896 erschien. Von seiten der Bädermeister wurde dann allerdings gewaltig Pörm geschlagen. Man wandte sich darauf an die Gewerbe-Inspektionsbeamten, aber diese sprachen sich einstimmig dafür aus, daß die Bäderverordnung durchaus durchführbar sei. Alle waren darin einig, daß wo sie nicht durchgeführt werde, das nur an dem guten Willen der Bädermeister läge. Herr Hertel wies darauf hin, daß in Württemberg auf dem Lande Mangel an Bädereisenen herrscht. Das liegt einfach daran, daß auf dem Lande dort die Bäderverordnung nicht befolgt wird, wohl aber in den Städten und daß deshalb die Gesellen, um die Wohlthaten der Verordnung zu genießen, vom Lande in die Stadt gehen. Unter solchen Umständen muß man doch wirklich erlauten sein, wenn nun wieder von einer Abänderung der Bäderverordnung die Rede ist. Ein Geheimrat hat im Auftrage des preussischen Handelsministers eine Abhandlung über die Bäderverordnung geschrieben, worin den Behörden Anweisung gegeben wird, wie sie bei den neuen Erhebungen vorgehen sollen. Die Polizeibehörden sollen sich an ihnen vertrauenswürdig erscheinende Meister und Gesellen wenden! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Auf diese Weise kann man doch keine ernst zu nehmenden Enquêtes veranstalten.

Man will nun eine wöchentliche Normalarbeitszeit statt der täglichen einführen. Der schon erwähnte Geheimrat, der 1894 die Kommission für Arbeiterstatistik davon zu überzeugen wußte, daß der tägliche Normalarbeitszeit weit vorteilhafter sei, tritt nun hier im Auftrage des Ministers für das Gegenteil ein. Das ist wieder ein Beweis, wie recht mein Parteigenosse Fischer mit dem Wort von den „meinungslosen Geheimräten“ hatte. — Ebenfalls der Geheimrat hat auch 1894 den Gegnern der Bäderverordnung gegenüber auf die zunehmenden Demunziationen der Bädereisenen hingewiesen. Heute schreibt Herr Hertel gerade der Bäderverordnung die Zunahme der Demunziationen zu. Daß solche Demunziationen gerade bei den Bädereisenen besonders häufig vorkommen, ist nicht verwunderlich bei der außerordentlichen Abhängigkeit, in der diese sich von ihren Meistern befinden. Sollte es da ein Geselle wagen, den Meister an die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften zu mahnen, so hätte er sofortige Entlassung zu gewärtigen, zumal bei dem übergroßen Angebot von Arbeitskräften, das gerade in diesem Gewerbe herrscht.

Nebrigens wollen wir uns doch über die moralische Qualifikation eines Teils der Bädermeister nicht täuschen. Die Münchener Bäderinnung hat seiner Zeit ihren Mitgliedern Anweisung gegeben lassen, wie sie die Fragen über die Wirkung der Bäderverordnung beantworten sollten. So sollte die Frage 2: Wirkung der Verordnung auf die Arbeiter folgendermaßen beantwortet werden: „Meine Arbeiter sind seit Einführung der Verordnung viel mehr im Wirtshaus als früher. Infolge dessen liefern sie schlechte nachlässige Arbeit.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

In dem Schreiben heißt es weiter, die Bädermeister hätten keine Folgen aus solchen Antworten zu fürchten, da die Namen nicht veröffentlicht werden. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist die Moral von der Münchener Bädermeister-Innung. Interessant ist auch folgendes Lied, das auf einem Bädermeisterstag gesungen wurde:

„Die erste Regel muß es sein,
Das Brot behalten zierlich klein,
Je kleiner's Brot, je größer dann
Ist immer der Verdienst daran.
Bei wenig Wehl und kleinem Brot
Leid't nie ein Bädermeister Not.
Er mähet sich gar wohl und rund,
Bis jeder wiegt 200 Pfund.“ (Große Heiterkeit.)

Und da spricht man davon, daß die Bädermeister durch die Verordnung ruiniert werden! (Erneute Heiterkeit und sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Es giebt also keinen vernünftigen Grund zur Abänderung der Bäderverordnung und wenn trotzdem daran gedacht wird, sie abzuändern, so kann man es uns nicht übel nehmen, wenn wir sagen nicht nur der Centralverband der Industrie, sondern auch die Bädermeister scheinen beim Reichsamte des Innern sehr großen Einfluß zu haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Ich hoffe, daß ich keine Gelegenheit haben werde, noch einmal auf diese Angelegenheit, die uns nun hier Jahr für Jahr beschäftigt, zurückzukommen. Wenn die Bäderverordnung überhaupt abgeändert wird, so kann das nur im Sinne einer Verschärfung derselben geschehen.

Schließlich möchte ich noch die Frage an den Herrn Staatssekretär richten, wie es mit dem bekannten Brief der Seeburggenossenschaft steht.

Auf dem Gebiete der Socialpolitik ist wahrlich noch Arbeit genug vorhanden. Sie meinen, daß wunder was geleistet ist. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß noch viel zu wenig gearbeitet wird. (Rebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Der Abg. Bebel hat gefragt, was mit dem Schreiben der Seeburggenossenschaft geschehen ist. Ich habe diesen Brief dem Reichs-Versicherungsamt übergeben und es gebeten, Erhebungen anzustellen und mir Bericht darüber zu erstatten. Ich möchte hier aber sofort erklären, daß dem Reichs-Versicherungsamt keinerlei Disziplinarbestrafung gegen Mitglieder einer Berufsgenossenschaft zuzulassen ist.

Es ist weiter an mich die Frage gerichtet worden, ob es möglich sei, bei Ausverkäufen den Nachschub von Waren zu verbieten. Dies scheint nicht ausführbar zu sein. Es ist aber beabsichtigt, um den ungewissen bestehenden Mischständen wirksam entgegenzutreten, die Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften anzuweisen, daß bei der Bekämpfung der schwindelhaften Ausverkäufe ein öffentliches Interesse vorliegt und deshalb von Amts wegen dagegen einzuschreiten ist. Es sollen ferner die Berichtsvollzieher und Konturservicellen darauf hingewiesen werden, daß sie nicht durch ihre Thätigkeit ihrerseits die Hand dazu bieten. Man muß abwarten, wie sich diese Maßregel in der Praxis bewährt.

Ich komme nun zu einigen Fragen des Arbeiterchudes. Es ist zunächst hingewiesen worden auf die verderbende Wirkung der Berufsarbeit unter den Steinarbeitern. Schon unter dem 20. Mai ds. Js. habe ich eine Enquete veranstaltet über die Berufsarbeit der Sandsteinarbeiter. Sobald diese Enquete abgeschlossen ist, wird man erwidern, welche Schutzmaßnahmen für die Arbeiter in diesem Gewerbe zu ergreifen sind.

Sehr eingehend ist gesprochen worden über die Fabrikation der Phosphorsäure. Vereits im Jahre 1899 sind Erhebungen darüber angestellt worden, diese haben ungewissen ergeben, daß die Bekanntmachung vom 8. Juli 1893, die sich auf Betriebe bezieht, in denen Phosphorsäure hergestellt werden, nicht mehr genügt, daß insbesondere die Phosphornekrose dadurch nicht unterdrückt wird. Es ist festgestellt, daß seit 1893 52 Erkrankungen an Phosphornekrose vorgekommen sind. Das sind aber nur die Fälle, die zur amtlichen Kenntnis gekommen sind, und es sprechen dringende Gründe dafür, daß die obige Zahl vergrößert ist und daß die Phosphornekrose viel mehr verbreitet ist. In der Schweiz und in Dänemark besteht eine Geseßgebung, welche die Herstellung von Säurebäumen mit Phosphor überhaupt verbietet. In den Niederlanden ist eine gleiche Geseßgebung in Vorbereitung. Man hat in Frankreich angeblich ein Mittel gefunden, aus dem äftigen Phosphor durch eine Schwefelverbindung eine Säuremasse

herzustellen, die nachteilige Wirkungen für die Gesundheit der Arbeiter nicht hat und angeblich seitdem Phosphorergiftungen nicht mehr vorgekommen. Wir haben Auskünfte darüber erbetet. Es ist ferner in letzter Zeit angeblich ein Mittel erfunden worden, um aus rotem Phosphor ein Mittel herzustellen, das viel weniger feuergefährlich ist und angeblich für die Arbeiter unschädlich ist. Wenn die Angaben darüber richtig sind, so wäre es ein leichtes, einen Geseßentwurf zu bringen, ohne zu tief in die wirtschaftlichen Interessen der Fabrikhaber einzugreifen. Ob den Fabrikhabern eine Entschädigung zu gewähren ist, ist eine rein juristische Frage.

Der Abg. Horn ist auf die Arbeiter in den Glas- und Leisereien zu sprechen gekommen. Ich kann ihm da nur sagen, daß er sich mit seinen Ausführungen im Irrtum befindet. Vereits auf Grund der Gewerbe-Ordnung ist jugendlichen Arbeitern das Arbeiten in Glasleisereien verboten. Durch die Einführung der Motoren ist daran nichts Wesentliches geändert worden. Es soll nur zulässig sein, jugendliche Arbeiter zwischen 13 und 14 Jahren bis zu sechs Stunden täglich zu verwenden.

Herr Köstke hat meine Ausführungsbestimmungen für das Fleischschau-Geseß angegriffen. Ich muß ihm bemerken, daß die Durchführung des Fleischschau-Geseßes keinerlei persönliche Einflüsse eingewirkt haben, sondern nur sachliche Gründe.

Was den Zeitpunkt der Vorlegung des neuen Zolltarifs betrifft, so kann ich versichern, daß der Herr Reichszolltarif die möglichst schnelle Einbringung dieser Vorlage an den Reichstag wünscht. Den Herren ist ja bekannt, daß die Arbeiten des wirtschaftlichen Ausschusses, die als Grundlage für den neuen Zolltarif dienen, bereits Mitte November dem Reichshausamt zugegangen sind. Dies Amt ist bestrebt, seine eignen Arbeiten möglichst bald abzuschließen, ich glaube, daß dies Ende dieses oder Anfang nächsten Monats der Fall sein wird. Dann ist der neue Zolltarif dem Bundesrat mit den einzelnen Regierungen vorzulegen, die ihn nach der handelspolitischen Seite hin zu prüfen haben. Wenn diese Arbeiten abgeschlossen sind, darüber kann weder der Reichszolltarif noch ich Auskunft geben. Jedenfalls wünscht der Reichszolltarif, wie ich nochmals betone, die möglichst baldige Erledigung.

Ich bin dann ferner gefragt worden, ob die Regierungen fest entschlossen sind, die bestehenden Handelsverträge rechtzeitig zu kündigen. Wenn man einen neuen Zolltarif aufstellt, hat man selbstverständlich die Absicht, seine handelspolitischen Verhältnisse auf einer andern Grundlage zu regulieren. Diese Regulierung ist jedoch notwendig durch den Fortschritt der Industrie. Wenn wir einen neuen Zolltarif aufgestellt haben, so müssen wir auch den Wunsch haben, Handelsverträge auf Grund dieses Tarifs zu erhalten, sonst wäre ja der neue Zolltarif nur ein schätzbare Monolog. Ich glaube, die Anfrage ist auch nur der Befürchtung entpringen, daß der Zolltarif nicht so zeitig fertig werde, daß wir beim natürlichen Ende der bestehenden Handelsverträge sofort an in neues Verhältnis zu den handelsvertragsschließenden Ländern kommen werden. Diese Befürchtung wird dadurch behoben, daß es sehr wohl möglich ist, sobald der neue Zolltarif vom Reichstag und Bundesrat beschlossen ist, noch vor der Kündigung der alten Verträge in Verhandlungen über den Abschluß anderer Handelsverträge einzutreten. Dadurch wird eine lofbare Zeit gewonnen und es wird möglich sein, mit den beteiligten Staaten ein neues Handelsvertrags-Verhältnis einzutreten, bevor der bestehende sein Ende erreicht hat.

Abg. Müller-Duisburg (nack.):

Hoffentlich geht der neue Zolltarif uns noch in dieser Tagung zu, so daß wir die erste Lesung vornehmen und eine Kommission während des Sommers mit den weiteren Arbeiten betrauen können. Sollte das nicht der Fall sein, so habe ich den dringenden Wunsch, daß wir zu einer frühen Herbsttagung vereinigt werden. Nur so würde es möglich sein, noch vor Schluß des Jahres das große Werk zu erledigen. Sonst würde die nötige Zeit zum Abschluß neuer Handelsverträge fehlen.

Redner nimmt dann den früheren Zollbeirat gegen die Angriffe, die gegen ihn erhoben worden sind, in Schutz. Herr Bued sei an den Arbeiten in keiner Weise beteiligt gewesen; er habe nur gelegentlich Protokoll geführt. Wohl aber habe er in ganz ungenügender Weise seine besten Arbeitskräfte dem Zollbeirat zur Verfügung gestellt. Es sei nicht Schuld des Zollbeirats gewesen, wenn die Landwirtschaft darin ohne Vertretung geblieben sei. Er selbst (Redner) habe den Grafen Kamig eingeladen, der Brief sei aber nicht in Bodanzen eingetroffen. Der Zollbeirat habe ganz unparteiisch gehandelt. Die sachlichen Kosten — 6000 M. — seien allerdings zur Hälfte vom Deutschen Handelsstag, zur Hälfte vom Centralverband getragen worden.

Es bestehen zwischen Herrn Cassermann und uns nur quantitative Unterschiede in Bezug auf unsere Stellung zur Socialreform. Wir alle sind für socialpolitischen Fortschritt, nur über das Maß sind wir nicht ganz einig. Während ich die wirtschaftlichen Konsequenzen der socialen Geseße besonders betrachte, betont Herr Cassermann den ethischen Standpunkt. Wir alle sind stolz darauf, daß Deutschland auf dem Gebiete der Socialreform allen andern Ländern um mehrere Jahrhunderte voraus ist. (Widerpruch bei den Socialdemokraten.)

Die Worte, die Herr Laeisz geschrieben, waren ein bedauerlicher Fehlgriß, aber sonst war er ein Mann von Ehre und Gewissenhaftigkeit. Lassen wir doch die Verdächtigungen. Begraben wir auch die 12 000 M. Affaire. Ich habe mich gefreut, daß Herr Bebel sie im Gegensatz zu seinen Freunden nicht berührt hat. (Widerpruch bei den Socialdemokraten.) Herr Bued sollte vor dem Verdacht geschützt sein, daß er den Brief selbst abgeliefert hat, um das socialpolitische Kompromiß zu stören, hätten wir uns vor Ständfortsetzung. (Bravo! bei den National-liberalen.)

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Fortsetzung der Beratung der Initiativanträge über die Gewerbegerichte.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 15. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. v. Niquel, v. Thiele, Freiferr v. Hammerstein, Bressfeld, Schönstedt, Studt, Kommissare.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Zehr, v. Zedlitz (Hl.):

Der Etat ist recht günstig, trotzdem weiß ich nicht, ob nicht die 31-Einnahmen hinter dem Soll zurückbleiben. Das den Kanal anlangt, so verbessert er gewiß unsere Verkehrswege, aber es ist zu bedenken, daß ein solcher Kanal das Einfallsthor für ausländische Erzeugnisse werden kann, gegen die wir unsere heimischen Erzeugnisse mit Schutzzöllen schützen müssen. (Sehr wahr! rechts und im Centrum.) Das Verhältnis der Finanzen des Reichs zu den Einzelstaaten sehe ich nicht so unangünstig an, wie es hier von verschiedenen Rednern geschehen ist. Die Bundesstaaten dürfen nicht Kostgänger beim Reichstag sein. Das beste ist, wenn der Reichstag selber auf möglichste Sparsamkeit drängt. (Sehr richtig!) Daß ein größerer Schutz der Landwirtschaft erreicht werden muß, ist wohl so ziemlich allgemeine Ueberzeugung. (Zustimmung rechts und im Centrum.) Die Kanalvorlage mußte wiederkommen. Es würde dem Ansehen der Krone geschadet haben, wäre ihre Einbringung unterblieben. Der Wunsch der Krone darf aber nur in den verfassungsmäßigen Grenzen Berücksichtigung erwarten. (Sehr richtig!) bei den Freikonservativen. Die verschönlchte Art der Einbringung hat uns gefreut. Gestern hat Abg. Richter es versucht, die Konventionen mit der Regierung zu verhegen. (Sehr gut! rechts.) Dabei fehlen ihm die elementarsten Kenntnisse von dem Wesen unserer Beamtenhierarchie. Von einer Strafe für die fanalfeindlichen Landräte konnte doch gar keine Rede sein. (Lachen links.) Das hieße doch, der Regierung einen direkten Verfassungbruch vorwerfen. (Sehr gut! rechts.) Ebenso wenig aber von einer Beförderung. (Lachen links.) Sie

lassen, aber nur aus Ankenntnis, denn ein Regierungsrat ist im Range nicht höher als ein Landrat, ein Landrat, der zum Regierungsrat befördert wird, betrachtet das häufig als eine Vernichtung seiner bisherigen Karriere. (Lachen links.) Also eine Belohnung ist das sicher nicht. Meine sachlichen Bedenken gegen den Kanal sind gestiegen. Wenn die Regierung ihre Gründe nicht verhärtet hat, werden wir auf dem alten Standpunkt verharren müssen. Wir hoffen aber, daß das Verhältnis der Regierung zum Parlament nicht gestört wird. Ein kräftiges Ministerium und ein selbstbewusstes Parlament sind die besten Stützen einer Monarchie.

Die Staatsaufsicht hat sich bei den Hypothekendarlehen nicht bewährt, sie muß entschieden verschärft werden. Die Ansichten des Ministers über Kunst und Ackerbau teile ich. Die Organisation der Schulverwaltung muß reformiert werden, dann erst ist eine sachgemäße Verteilung der Lasten möglich. Die Gesundheitspflege mußte vom Kultusministerium losgelöst werden. Die Frage der Provinzialdotationen bedarf baldiger Lösung. Der gegenwärtige Herr Reichsminister scheint der hohen Aufgabe gewachsen, die hohen Ziele durchzuführen. (Beifall.)

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein:
Ueber die Frage einer Verbesserung der Staatsaufsicht über die Hypothekendarlehen wie über die ganze Angelegenheit der Spielbanken kann ich heute noch keine Auskunft geben, da die Beratungen noch in der Schwebe sind. Bei der Beratung des Etats der Landwirtschaft werde ich aber die nötigen Erklärungen geben.

Abg. Ehlers (fr. Bg.):
Mag es auch manchem Ressortminister unangenehm, manchmal vielleicht auch hemmend sein, es ist doch schließlich ein Verdienst des Herrn von Miquel, daß er den Damm so fest auf der Laube hält. Nur darf die Sparpolitik nicht soweit gehen, daß die Aufgaben der einzelnen Ressorts darunter leiden. Da soll der Ressortminister energischen Gegenstand übergeben. In der letzten Lage scheint sich mit dem Eisenbahnministerium zu befinden. Hier ist man mit der fortschreitenden Technik nicht mitfortgeschritten, weil die Hand des Finanzministers auf dem vollen Geldbeutel des Herrn von Thielen ruht. Kehlich ist es mit dem Justizministerium. Die Staatsbahnen sind keine Wohlthatigkeitsanstalt, gewiß nicht. Deshalb müßten aber in weiser Erwägung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Tarife herabgesetzt werden. Sie sind jetzt entschieden zu hoch.

Sehr am Herzen liegt mir die Erhöhung der Provinzialdotationen. Viele Kreise sind wirklich an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt.

Für die Kanalvorlage wird sich eventuell ohne das Centrum eine Mehrheit schaffen lassen. Die Linke ist durchaus nicht konfliktlos; sie kann aber nicht anerkennen, daß die Regierung stets das ihm muß, was die Konservativen wollen. (Sehr gut! links.) Die Landwirtschaft im Osten ist in einer schwierigen Lage, aber man muß nicht immer nur von der Not der Landwirtschaft sprechen. Zwischen Regierung und Konservativen besteht über die Mittel der Abhilfe keine Uebereinstimmung. Was hält Herr v. Jedlich zur Rettung für notwendig? 5 oder 10 M.? Ich möchte sehen, was aus der deutschen Landwirtschaft wird, wenn wir einen Zollkrieg mit anderen Ländern beginnen. Wir sind keine Feinde der Landwirtschaft, aber wir werden nie zugeben, daß zur Erhaltung des Deutschtums im Osten ein Getreidezoll von 7 M. notwendig ist. (Beifall links.)

Justizminister Schönstedt:
bestreitet, daß er als Ressortminister dem Finanzminister gegenüber zu jaghaft gewesen sei. Er habe in diesem Jahr energisch gefordert und auch recht viel bewilligt erhalten.

Finanzminister Dr. v. Miquel:
erwidert auf eine Bemerkung des Abg. Ehlers, der gesagt hatte, der Finanzminister werde manchmal auch für Dinge verantwortlich gemacht, für die er gar nicht verantwortlich sei, das sei natürlich.

Wenn man nichts anderes weiß, dann ist der Finanzminister das Karneval. Ich kümmere mich aber nicht darum, ich habe keine Popularität. Ich habe meine Pflicht und Schuldigkeit und kümmere mich um das Gerede im Lande ganz und garnicht.

Abg. von Jagzewski (Pole):
Die Finanzlage ist günstig, aber der Landwirtschaft geht es traurig! Die Kanalvorlage werden wir von dem Gesichtspunkt aus sachlich prüfen, ob nicht einzelne Landestheile dauernden Nachteil davon haben. Im Eisenbahnministerium herrscht Kleinlichkeit, besonders aber beim Minister des Innern. Warum werden z. B. die Ständesammlungen in Polen angewiesen, die polnischen Familiennamen deutsch zu schreiben? Alle Ausgaben im Kultusetat, die für Polen bewilligt sind, haben nur den einen Zweck, die polnische Nationalität zurückzudrängen. Hier ist der Finanzminister mit Recht das Karneval. (Zustimmung bei den Polen.) Die angebliche polnische Gefahr macht die Herren blind und degradiert die Schule zum Vorbild für politische Zwecke. Die Polen werden systematisch drangsaliert.

Minister Dr. von Miquel:
Wir haben zu viel böse Erfahrungen gemacht und wissen, daß es nicht richtig, daß die armen unschuldigen polnischen Lämmer von den deutschen Wölfen geangstigt und angegriffen werden. Wir werden eine feste und bestimmte deutsche Politik in Polen weiter verfolgen. Für große Rücksicht haben uns die Polen noch nie dank gesagt. Unsere jetzige Polenpolitik befindet sich denn auch in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland. (Hoi! im Centrum und links.) Wir beschränken den Polen dabei durchaus nicht ihre staatsbürgerlichen Rechte. Sie haben Versammlungen, Presse in völlig freier Handhabung, so, in völlig freiem Mißbrauch. (Sehr gut, rechts und bei den Nationalliberalen.) Keine andre Regierung läßt sich so viel wie wir gefallen. Wie geht das radikale Ministerium Frankreichs gegen die italienischen Blätter im Süden Frankreichs vor? Auch die Deutschen haben sich viel zu lange viel zu viel von den Polen gefallen lassen. Jetzt erst raffen sie sich zur Verteidigung auf. Die Polen haben uns nicht dank gesagt für die Kultur, die wir ihnen erst gebracht haben. Polen verdankt uns seinen Mittelstand. Die Polen beklagen sich über die Stipendien für Deutsche. Die Deutschen haben das den Polen erst nachgemacht. Die Förderung von Kunst und Wissenschaft bedeutet doch keinen Angriff auf die Polen. Wird kein Pole die Bibliothek benutzen, wird kein Pole das neue Museum besuchen? Die Polen haben doch große Vergnügungslokale, warum sollen sie die Deutschen nicht auch haben? Sind doch die Polen leider Gottes daran schuld, daß die Deutschen und Polen nicht mehr mit einander verkehren. Oder haben nicht etwa die polnischen Quisbeder ihre deutschen Nachbarn gesellschaftlich boykottiert? Die Polen träumen von der Aufrichtung ihres Reichs, sie mögen es eingesehen oder nicht. Nur so ist alles zu erklären. Aber so lange Preußen und Deutschland existiert, wird es nicht gelingen, einen Landesteil, der nur wenige Tagemärsche von Berlin liegt, abzureißen. Verwehren wir etwa den Polen den Eintritt ins Heer oder die Beamtenaufbahn? Nur in Polen können wir nicht immer polnische Beamte brauchen, in anderen Provinzen haben wir sie sehr gern, ebenso wie die polnischen Offiziere. Der Sieg der Polen in Polen wäre der völlige Untergang der dort wohnenden Deutschen. Noch ist Polen nicht verloren, meinen Sie (zu den Polen) in ihrer Raubzeit. Da müssen wir ihnen bemerkbar machen, daß diese naive Hoffnung für immer dahin ist. Die deutsche Jugend ist gründlich von der Polomanie befreit, ihre einzige Stütze ist vielleicht noch der Abg. Richter. (Geisterstunde und Beifall rechts und bei den Reil.)

Staatsminister Studt:
verteidigt seinen Erlaß über den Schulunterricht. In den Untersuchungen werde der Religionsunterricht polnisch erteilt. Die Unterrichtssprache sei aber deutsch. Die Religion komme durch den Erlaß nicht zu kurz. Für den deutschen Unterricht sollten die Polen dankbar sein, denn er gewähre ihnen die Möglichkeit, im späteren Leben besser

fortzukommen. Die Polen hoffen wie die Sozialisten auf den allgemeinen Absterbedeich. Gegen die deutschen Schullehrer ist von den Polen ein regelrechtes Spionagesystem organisiert worden. Wir sollen Polen verlassen, verlangen die Polen. Wir werden das nicht thun. Wir bleiben mit unserem ganzen nationalen Bestium, das erfordert unsere Ehre. (Beifall.)

Minister Dr. v. Miquel:
Die polnische Geistlichkeit nimmt in dem berechneten Kampfe eine eigentümliche Stellung ein. Den polnischen Geistlichen ist es gar nicht in erster Linie um die Religion zu thun, sie wollen eine polnische haben, die zugleich katholisch ist. Ich spreche hier nicht von der oberen Leitung, aber das ist die Grundanschauung der katholischen polnischen Geistlichkeit. Ihnen ist jeder, ob katholisch oder evangelischer, willkommen, wenn er nur Pole sein will und sie unterstützen will. (Widerpruch bei den Polen.) Sehen Sie doch hin nach Rheinland-Westfalen, wo die Polen, die dorthin gekommen sind, sich um den Bischof von Paderborn nicht kümmern, sondern ihren eignen Bischof haben. Es handelt sich also nicht um Religion, sondern um Nationalität. Deshalb werden wir uns in unserer Politik nicht bezirren lassen. (Beifall.)

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.):
billigt eine starke und stetige Polenpolitik. Angesichts der absteigenden Konjunktur im Rheinland sollte man dort bei Arbeiterentlassungen zuerst die Polen fortschicken. Im Bergbau sind sie direkt gefährlich und an Unfällen schuld, weil sie die deutschen Vorschriften und Verordnungen nicht verstehen. Die Kanalvorlage würde die Regierung leichter bekommen, wenn die natürlichen Wasserstraßen nicht abgabefrei wären. Seine Freunde wollten aber mit dem Kanal keine politischen Geschäfte treiben.

Minister des Innern Hr. v. Rheinbaben:
verteidigt ebenfalls die hannoversche Regierung gegen die Vorwürfe des Dr. Sattler, auch seien dessen Angriffe auf die Kriminalpolizei übertrieben gewesen. Von ca. 80 Mordtaten seien nur 16 unentdeckt.

Hierauf verlegt sich das Haus.
Es folgt noch eine Flut von persönlichen Bemerkungen der Abg. Dr. v. Jagzewski, Dr. Sattler, Dr. Hahn und Freiherr v. Jedlich.
Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte.)
Schluß 5 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.
„Der Wahre Jakob“, Nr. 2 des neuen Jahrgangs, ist erschienen. Er ist in seinen Hauptbildern der Polomanie, dem Hypothekendarlehen und dem Toleranzantrage des Centrum gewidmet.

Briefkasten der Redaktion.

Die kirchliche Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
Glücklich 1900. Abgenommen werden alle Briefe, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Bedingungen werden an die Aufnahme nicht gestellt.
H. B. in A. 11. Sitz ist in Nürnberg, J. Simon, Rögelerstraße 10.

1862. Ob und wie Ihre Eingekaufte verwandt wird, hängt von den Realitäten unserer Verhältnisse ab, die wir erst anstellen müssen.
A. C. 17. 1. und 2. Teil. — 100a. Teil, nur des Fußmanns halber. Seine Adresse können Sie wohl mit Hilfe des Einwohner-Regiments erlangen. — A. B. 1900. 1. und 2. Teil. — 2. B. 1. Teil. — 100. Norden. — 616 S. G. B. — 2. B. 57. Mit Vollendung des 21. Lebensjahres. — Prezel. Teil. — 2. B. 67. Das ist uns nicht bekannt. — D. S. 6. Teil. — 2. B. 33. 1. Der Wert ist im Recht. Die allerdings weit verbreitete Ansicht, daß man von einem Vertrag ohne Zustimmung des anderen zurücktreten könne, ist irrig. 2. Teil. — A. B. 23. Ein Anspruch auf 14 Tage Entschädigung steht Ihnen nicht zu, falls das Gericht annehmen sollte, daß der Ausschluß einer Kündigungsgleichheit mit dem ersten Prinzipal vereinbar sein sollte. — J. A. 38. Für jedes Jahr beträgt der Mindestpreis in Ihrem Falle je 50 Pf. — 2. 200. Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet. — 2. B. 3. Teil.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 16. Januar.
Opernhaus. Cavalleria rusticana. Solos. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Aus eigenem Recht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leitung. Nachmann als Erzähler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Frauendürsch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nadim. 3/4 Uhr: Kolumneff. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Siedesprobe. Hierauf: Die Hand. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Schöne von New York. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Der Selbsth. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Freiwild. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Kauer von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Obersteiger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Der Brandstifter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Puffen. Der Roland von Berlin. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Schuster und Teufel. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Paff. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Ueber Fernsprecher und Fernschreiber. Von Dr. Spies. Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Vollner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Freiwild.
Schauspiel in 3 Akten von Schiller. Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Freiwild.

Thalia-Theater
Taubenstr. 72.
Heute und folgende Tage
Amor von Herse.
Gr. Ausstattungspolle m. Ges. u. Tanz.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss-Theater
Gr. Straßburgerstr. 132.
Täglich:
Der Brandstifter.
Anfang 8 Uhr.
Sonabendnachmittag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Keine Preise.
Tausend und eine Nacht.
Central-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von New York.
(The bells of New York.)
Burdies Operette in 3 Akten u. 5 Bildern.
Jacobson. Musik von Gustav Ferber.
Nadim und folgende Tage:
Die Schöne von New York.
Sonntagabend 3 Uhr in 2 Akten.
Die Geisha. — Abends 7 1/2 Uhr.
Die Schöne von New York.
Der Circus ist aus geheizt und vor Zug gebracht.

Cirkus Busch
Mittwoch, den 16. Januar 1901.
abends 7 1/2 Uhr:
Novitäten-Abend.
Zum 49. Male:
Die eiserne Maske.
Gr. historisches Panoptikum-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Original-Pantomime des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: Eine veritable Falkenjagd und Der feenhafte Goldstift mit der Wunderfontaine.
Sonder-Vorführung der vorzüglichsten Programm-Nummern. U. a.: 1. Kaiser der Wä. Fred und Pauli als Gentleman-Akrobaten. Herr Burckhardt-Football-Schlichter.
Sonntag, 20. Januar, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landparaden“, wozu jeder Erwachsene auf allen Stipplagen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte.
Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen Zwillinge.
Die 12 unverbrennb. Fakire
Eintritt einsechsh. Theater 50 Pf.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Mittwohabend 8 Uhr:
Dr. Spies:
Ueber Fernsprecher u. Fernschreiber.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS
PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Grosse Weihnachts-
Ausstellung!
Die „Trinkst.“ der Germanen, sensationelle plastische Gruppen aus Deutschlands Vorzeiten!
Kriegstrophäen aus Transvaal, Damenkapelle Zaria.
Die wilden Weiber aus Dahomey u. vieles andre mehr!

Apollo-Theater.
Phänomenaler Erfolg:
Valentine Petit
Helene Gérard • Rachettas
Minstrels parisiens
Salambo • Miss Zella
Quartett Légy • Rob. Steidl
Meisters Kosmograph: Chinabilder.
Des Löwen Erwachen.
Kom. Operette in 1 Akt v. J. Brandt.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
v. 3 Uhr nachm. b. 11 Uhr nachts.
The two Cirnoes
Die Ueberwinder Houdinis.
Ravizetta d'Aragon
Der Herr von Maxim
17 erstklassige
17 Spezialitäten
Eintritt einschliessl. Panoptikum 50 Pf.

Cirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 16. Januar 1901, abends prächtige 7 1/2 Uhr:
Grosse ausserordentliche Vorstellung. Aus dem sehr reichhaltigen Programm sind besonders hervorzuheben: Die Rabel & Brien. Ritter von Boghni. Die Giganter. Dr. Hopland. Die Alka. Rous. Voltasch. Die Victoria. Rous. Edmund Royal. Die Raganette, sowie kulturreich fameliche neue erprobte Spezialitäten. Vorführung der anerkannt unerreichbar dastehenden Original-Treffuren des Direktor Albert Schumann.
Um 9 1/2 Uhr: Das größte Wasserchauffeur der Gegenwart.
Der Schläger der Salom! Borführung der neuesten Sämtliche Anlagen! Bilder aus China durch den Kinetographen.
600 Mitwirkende.

China.
Wo amüsiert man sich grossartig?
Hasehölde 21 und Jahnstr. 5 in Schnegelsbergs Festsälen. Inh.: Max Schindler. — Telefon: Rot 1 Va Nr. 2002. — Heute: Grosser Ball, 1000 Spezialitäten: 6 Cigarren- und 6 Weichspitzen-Regen & verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei, Sonntag, den 27. Januar:
Blünderung des Nieren-Weihnachtsbaums.

Restaurant Wilhelmsberg, Trinkaus' Ball-Salon.
411 L. Sonntag, den 20. Januar 1901: Grosser Wiener Maskenball, Anfang 8 Uhr, wozu ergebenst einladet
G. Trinkaus.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffige. Direktion:
Sonntags 8 Uhr. Spezialitäten. J. H. Härt.
Jeden Sonntagabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Theater Grand-Hotel
Alexander-Platz.
Bühnenfester Boffen- und Operetten-Caf. Folies Caprice. Joekl Geiger, Lebensbild. Ein Don Juan in tausend Aengsten. Poffe. Pinkas & Comp., Burleske. Anf. 7 1/2 Uhr. Entree 60 Pf. inkl. Garb.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische Kapellen
Gr. Theater-Vorstellung.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das durchweg neue und phänomenale
Januar-Programm!
9 Uhr: **Eine tolle Nacht!**
9 Uhr: **Eine tolle Nacht!**
Poffe mit Gesang in 2 Akten von Hugo. Fleisch, Poffmann: Dr. Rich. Winkler. Cecil St. Garmain und Miss. Thoresse. Neu! Ein Weib der Illusion! Neu! The 3 Hanions, fröhlichregende Kraft-Produktionen.
Dazu 12 Schan-Nummern I. Rangs.
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Berliner Ausstattungspoffe.
Das sensat. Debut der
American Zouaven
und das vollständig neue
Januar-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der „Tollen Nacht“ 7 1/2 Uhr.
Rauschen in allen Rängen gepuffel.
Sonntagabend, 19. Januar:
Zweiter grosser
Metropol-Theater-Ball.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Weihnachten
in China.
Nur nach kurze Zeit.
Anfang 8 Uhr.
Militär-Konzert

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag
und Montag:
Hoffmanns
Nordd. Sänger.
Nach jeder Sotree:
Tanzkränzchen.
Luftige
Bagabonden.



Centralverein der Bildhauer.

Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Ausserordentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Antrag, eine Unterstufung von 10 Mark pro Woche für die Monate Januar und Februar an sämtliche arbeitenden Kollegen zu zahlen. Der Vorstand.

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Freitag, den 18. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Thomas, Rixdorf, Hermannstraße 49/50: **General-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Aufnahme neuer Mitglieder, 4. Rapport vom IV. Quartal und Bericht der Kassieren, 5. Antrag: Teilnahme an den Reichstagswahlen, 6. Antrag: Die Mitglieder zu jeder Versammlung per Karte einzuladen, 7. Ausschluss eines Mitglieds, 8. Beschlüsse. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand. J. K.: Ferdinand Ewald.

Achtung! **Achtung!**

Sattler, Täschner aller Branchen!

Morgen, Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal IV: **Oeffentl. Sattler-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Gesellen-Kudschusses, Referenten: Kollegen Assmann und Hoffmann, 2. Kasse der Kandidaten zur Ergänzungswahl des Gesellen-Kudschusses, 3. Unsere Forderungen, 4. Verschiedenes. Nicht eines jeden Sattlers und Täschners ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Agitations-Kommission für Brandenburg.

Socialdemokr. Wahlverein Charlottenburg

Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr: **General-Versammlung** in der Gambius-Bräuerei, Wallstraße 94.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Molkenbühr über: „Beiträge zur Lebensgeschichte des preussischen Proletariats in den letzten zwei Jahrhunderten“, 2. Diskussion, 3. Geschäftsbericht des Vorstandes, 4. Abrechnung des Kassiers, 5. Statutenberatung, 6. Bericht der Parteispedition, 7. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Achtung! Fliesenleger! Achtung!

Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schulz, Grenadierstr. 83: **Oeffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Vertrauensmanns vom zweiten Halbjahr, 2. Neuwahl der Vertrauensleute und deren Referenten, Wahl der beiden Delegierten zum Gewerkschaftsrat und der Beauftragten, 3. Verschiedenes. Jeder Fliesenleger ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen, wenn er auch jetzt nicht in der Branche beschäftigt wird. Der Vertrauensmann.

Verband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter

Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr: **Versammlung für Charlottenburg, Wilmerdorf und Halensee** im Lokale des Herrn Wornack, Charlottenburg, Bismarckstr. 34.

Tages-Ordnung: 1. Wahl der Ordleitung, 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M., Plomben 1,50 M., Teilzahl wöchentlich 1 M., Alfred Apenburg, Invalidenstrasse 33, Nähe Stettiner Bahn, Spr. 9-7, Reparatur sofort.

Zähne 2 M.,

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Morgen, Donnerstagabend 8 1/4 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain, am Friedrichshain:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke.

Jede Werkstätt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Charlottenburg.

Mittwochabend 8 Uhr in der Gambius-Bräuerei, Wallstraße: **Vertrauensmänner-Sitzung und öffentliche Holzarbeiter-Versammlung.**

Tagesordnung: Der Spruch des Einigungsamts. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Einberufer: J. K.: C. Benschack.

Arbeit

der neue Roman von **Emile Zola**

••• erscheint in „Aus fremden Zungen“ 1901. ••• Halbmonatsschrift für die moderne Roman- und Novellistenliteratur des Auslandes. •••

••• Monatlich erscheinen 2 Hefte à 50 Pfennig. ••• Probehefte mit dem Anfang des Zolanschen Romans überall gratis. Abonnements in allen Buchhandlungen und Postanstalten; ebenso direkt bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart.

Künstl. Zähne

von 3 M. an, vorzüglich. Blomieren schmerzlos. Zähne reinigen. Schmerzlos Zahnziehen. Zahnschmerzlos beseitigt. Reparaturen sofort. Goldstein, Drantenstr. 123.

Riesen-Stofflager

Krausenstr. 14 I. Etage, fertigt nach Mass unter garantierter Sitz: Hochlegante Winterpaletots für 36 M., Hochlegante Anzüge für 30 M., Hochfeine Bekleidungs für 10-12 M.

Paletot

38 Mark mit abgeheppem Kloss nach Maß liefert gegen bar Kasse Temporewoll, Reanderstr. 16, 543L. II. Etage. Anzüge allerbilligste Preise, eignes Stofflager. Bei teuren Garbepreisen Teilaahlung monatlich 10 M. gestattet.

Mühlhauser Geld-Lotterie

17597 Geldgewinne im Betrage von **473,000 Mark.** Baar ohne jeglichen Abzug zahlbar. Die Hauptgewinne sind: **100,000, 50,000, 20,000, 10,000 Mk. etc.** Loose à 3,30 Mk. (Porto u. Liste 30 - Ausland 50 Pf.) empfehlen und versenden prompt **Oscar Bräuer & Co. Nachf.,** Bank-Geschäft, Berlin W., Friedrichstr. 181. Filiale: N.W., Wilsnackerstr. 63. Ziehung schon 25. Januar er.

Ziehung 25. Januar u. folg. Tage.

Geld-Lotterie Mühlhausen

1. Taus. zur Wiederherstellung der Markentruhe. 330000 Loose. 17597 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug im Betrage von M.

473,000

Haupt-Gewinn **100,000**

Haupt-Gewinn **50,000**

Haupt-Gewinn **20,000**

Haupt-Gewinn **10,000**

1 à 5000 - 5000
2 à 3000 - 6000
10 à 1000 - 10000
30 à 500 - 15000
50 à 300 - 15000
100 à 200 - 20000
200 à 100 - 20000
500 à 50 - 25000
1000 à 20 - 20000
15700 à 10 - 157000

Mühlhäuser Loose à Mk. 3.30 (Porto u. Liste 30 Pf. extra) versendet gegen Postanweisung oder Nachnahme das General-Debit: **Lud. Müller & Co.** Berlin, Breitestr. 5. Telagr.-Adr.: Glücksmüller.

Honig!

Oldemb. Bienenhonig, beste Qualität, verpackt 9 Pf. netto zu 6,50 M., 5 Pf. netto zu 4 M. fr. Nachh. Gar. Kurden. Nordloh, Bahnhof Augustofehn, Oldenburg. [5782]

Masken

Kostume-Verleihbazar größte Auswahl, billigste Preise **Fr. C. Frommholz** Glöckerstr. 78, Ecke Kiderstraße.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter

Deutschl., Zahlst. Berlin III. Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied **Friedrich Bong** am Sonntag, den 13. Januar, verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr vom Angula-Kirchhof aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Centralverband der Maurer Deutschlands

Zahlfleiste Berlin I (Pauer). Den Mitgliedern sowie dem Gesangsverein der Pauer zur Kenntnis, daß am 14. d. M. unser Mitglied **Julius Schröder** verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. d. M., nach 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Matthäi-Kirchhofs in Schöneberg am Siedenerweg statt. Um rege Beteiligung ersucht Die örtliche Verwaltung.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Kollegen sowie dem Musik- und Gesangsverein, welche meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, sage ich meinen besten Dank. [1992] **Wwe. Minna Bieler.** Karl Fuchner.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und für die schönen Kranzspenden bei dem Begräbnis meines so früh verstorbenen lieben Manns, Bruders u. Schwagers, des Gutsverwalters **Gustav Reichelt** sage ich meinen aufrichtigsten Dank. **Wwe. Pauline Reichelt, geb. Krause,** [1994] Glöckerstr. 87.

Bähne

von 2 Mk. an Teilzahlung. Reparaturen in 2 Stund. Plombieren. Spritz 8-8. Zahnziehen schmerzlos! **H. Lange,** Blumenstraße 25, Ecke Marstufstraße.

Gänseschmalz, Pfd. 80 Pf. **C. Pohl,** Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 [1011] im Restaurant.

Maskengarderobe

von **Adolf Runge,** Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075, empfiehlt den Vereinen eine große Auswahl in Kostümen in jed. Größe. Grobes Lager von Karnaval-Kostümen.

Größtes Lager aller **Arien Uhren und Goldwaren,** sowie **Hochzeits-** n. **Vaten-Geschenke** in Silber und Eisen von den einfachsten bis zu den elegantesten. Regulateure und Feilschwinger mit Schlafwert von 14 M. an. Remontieren von 5 M. an. Goldene Ringe von 1,25 M. an. **Rudolf Plunz,** Brunnenstr. 12, 5 Minuten v. Bahnhof Gesundbrunnen. [632]

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

Verkäufe.

Destillation mit Vereinsnummer. Radikalen, Witte der Stadt, ist für 2600 Mark zu verkaufen. Näheres bei Mattutat, Mantuffelstraße 117, Quergebäude IV. 1827b

Quergebäude Schanzgeschäft krankheitshalber sofort zu verkaufen. Alex. Kite Jofobstraße 119. 1979b

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II. **Gardinenband** Große Frankfurterstraße 9, parterre. 39*

Betten, Steppdecken, Gardinen preisbillig Versandhaus Reanderstraße 6.

Teppiche mit Farbensteinen, Fabrikneue Große Frankfurterstraße 9, parterre. 50*

Beistühle mit Matratze für 25 M. verkauft Hant, Charlottenburg, Berlinerstraße 109. 7132*

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Kievanbrunnstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, 1,00 wöchentlich. Bestellung Postkarte liefert sofort Liebig, Fiedlerstraße 16, und Garcke, Fargingstraße 2. 1986b

Ringschiff, Bobbin, Adler, Schneidnadel, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie, Lieferung sofort, Postkarte, Ostermann, Welfenstraße 29, Lindner, Bernauerstraße 75, Kobron, Krautstraße 36. 714*

Gashelofen! Sparsysteme! 7,00 10,00. Refektor 14,00! Gashelofen, gmetloch, 6,00! Wohlfuer, Wollnerheiderstraße 32. [1913b]

Vermischte Anzeigen.

Aquarium 45, Kinderwagen 12, Dampfantriebe 9 Mark, Reis, Kolonialwaren 129. [492]

Hiermit nehme ich die große Beteiligung für die ich gegen Frau Knipfel ausgesprochen habe. Erkläre sie für anständig. R. Adler. 782*

François Leqons 0,75, Professor Parisien Pommeret, Breitestr. 19.

Elektrotechnik, Rittmach, 16. Januar, neuer Abendkurs, wöchentlich 2 Abende, monatlich 6 Mark. Jochan, Alte Jofobstraße 24. 1943b

Vatentanwalt Dammann, Drantenstraße 57, Morikplatz, Erländern kostenfreier Rat abends bis neun.

Unfallfachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 1654b*

Rechtsbureau Andreaskirche 63, Bewilligter Rechtsbeistand, 1985b*

Bibliothek! Wer sich über diese reichhaltige Sammlungen unserer Zeit unterrichten will, verlange die Katalogblätter des Verbands gegen Postkarte, welche unentgeltlich versendet werden vom Verbandsverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Rückruf wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Bibliothek, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. [925b]

Teppiche, Tischdecken, Remontieren, Regulateure, preisbillig Versandhaus Reanderstraße 6. 43/20

Kunstpfeifen von Frau Kofosky Steinwegstraße 48.

Platin, Gold, Silber, Treifen, Rehring kauft zu höchsten Preisen Goldschmelzer, Zimmerstraße 32. *

Stollenangebote.

Redegewandten Leuten bietet sich Gelegenheit zu gutem Verdienst. Bei zufriedenerstellenden Leistungen dauernde an bezahlte Stellung. Offerten unter Kaiser J. 2 an die Expedition. [1899b]

Grundriete, tüchtiger Verkäufer oder ein Grundriete der die Stelle eines Verkaufers übernehmen kann und gute Prospektien machen kann, findet dauernde Stellung. Offerten unter K. 2 Haupt-Expedition des „Sonntags“. 1990b

Goldbleiben - Grundriete verlangt Rümpferstraße 150-151. 2101b

Tüchtige Bilderrahmenmacher finden dauernde Beschäftigung. Hans Goff, Kurfürstenstraße 146. [2000b]

Glas auf Silber geläutert bei Welmer, Stalldreierstr. 68. [1991b]

Ein - zwei Malerchlinge finden in einer kleinen Stadt in der Nähe bei freier Beschäftigung und Kleidung, 3/4 Jahre Lehrgeld, sofort oder zu Oftern Aufnahme. Postkarte anfragen bei Wiser u. Schmidt, Röntgenstr. 18. [1996b]

Arbeiterinnen auf gute Damen-Jackets verlangt Gnatz, Mantuffelstraße 103. [714]

Wamsfeld auf Jackets, Bauer, Stalldreierstraße 81, IV. [1996b]

Eine geliebte Arbeiterpartie findet dauernde Arbeit bei Rosante, Stalldreierstraße 5. [1997b]

Wamsfeld auf Jackets, Stepperrücken verlangt Koebel, Weidenweg 18. [2103b]

Wamsfeld auf Stepp-Jackets, 2 bis 4,50, nur im Hause, dauernde Beschäftigung (Knopfloch, Rehring), jeden Sonntagabend, Geld, verlangt Van, Weidenweg 29, III. 1987b*

Arbeitsmarkt.

Schlafstellen.

Schlafstelle für Herrn Knibbstraße 17, Quergebäude 3 Treppen, bei Gagn. [412]

Schlafstelle für anständigen Herrn Rixdorf, Erbkstraße 12, vorn II, bei Kultima. [712b]

Arbeitsmarkt.

Blinder Stuhlflchter bietet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. (Häuer, Wilsnackerstraße 27.)

Stollengesuche.

Blinder Stuhlflchter bietet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. (Häuer, Wilsnackerstraße 27.)

Freisinnige Kommunalprogramm-Schmerzen.

Auf dem vorjährigen Parteitag der Freisinnigen Volkspartei wurde auch eine Resolution angenommen, welche den Parteigenossen empfiehlt, „angesichts der zunehmenden Entwicklung und Bedeutung kommunaler Einrichtungen über die Stellungnahme zu allgemeinen und grundsätzlichen Fragen, namentlich der Sozialpolitik, des Verkehrs, des Unterrichtswesens und des Steuerwesens, auch außerhalb der einzelnen Vertretungskörper, Stadttage und kommunaler Kongresse eine Verständigung unter den Parteigenossen in der Richtung der Gesamtpolitik der Partei herbeizuführen.“

Was die Größe dieser Parteien ausmacht, was erst die Möglichkeit einer Mehrheitsbildung für sie herbeiführt, das ist ja gerade ihre Programmlosigkeit, die es z. B. ermöglichte, daß hier in Berlin der verstorbene Spinola, ein Konservativer vom reinsten Wasser, jahrelang als liberaler Kandidat aufgestellt und gewählt wurde. Man würde diese Gruppen, die nicht durch Uebereinstimmung der Grundsätze, sondern durch die Liebe zum Mandat und den Haß gegen die Socialdemokratie geeint werden, geradezu auseinanderprengen, wenn man es versuchte, sie auf ein bestimmtes Programm festzulegen.

Die Resolution beabsichtigt nicht, das Parteiprogramm in dieser Weise auf kommunale Fragen auszudehnen, da jeder, der zu einem Kommunalprogramm sich nicht in allen Punkten bekennt, der Partei nicht zugerechnet wird.

Die Resolution beabsichtigt nicht, das Parteiprogramm in dieser Weise auf kommunale Fragen auszudehnen, da jeder, der zu einem Kommunalprogramm sich nicht in allen Punkten bekennt, der Partei nicht zugerechnet wird.

Immerhin scheint es der „Frei. Ztg.“ bei der Besprechung dieser Frage doch nicht so recht geheuer zu sein, und so geht sie schnell auf ein anderes Gebiet über, indem sie die Verhandlungen und Beschlüsse der letzten (II.) Brandenburgerischen Gemeindevertreter-Konferenz einer Kritik unterwirft. Als charakteristisch für die Behandlung auch von Kommunalfragen durch die Socialdemokratie wird dabei „die völlige Beiseiteetzung der Kostenfrage“ bezeichnet.

Diese Behauptung stützt sich im wesentlichen auf Äußerungen, die aus Anlaß der Diskussion über „die Aufgaben der Gemeinde auf dem Gebiete der Gesundheitspflege“ fielen. Die Socialdemokratie kann nun darin keinen Vorwurf erblicken, sondern muß im Gegentheil stolz darauf sein, daß für sie auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege die Kostenfrage keine Rolle spielt.

Es darf gar nicht in Frage kommen, wie viel Geld eine solche Anstalt (nämlich eine gute Krankenanstalt) kostet. Entweder erkennt man die Verpflichtung der Gesamtheit des Staats und der Gemeinde an, und dann muß auch das Geld geschafft werden, oder man erkennt sie nicht an, aber dann sage man nicht erst, daß die öffentliche Gesundheitspflege existiere.

Die Zeit, in der diese goldenen Worte niedergeschrieben wurden, war das Jahr 1848, und der sie schrieb, war Rudolf Virchow, heute Fraktionskollege des Herausgebers der „Freisinnigen Zeitung“, Stadtverordneter und Ehrenbürger von Berlin.

Kommunales.

An Stelle des Stadtschulrats Vertram wird, wie am Dienstagabend in der Sitzung des Ausschusses zur Vorbereitung für die Wahl von zwei Stadtschulräten beschlossen wurde, der Stadtverordneten-Versammlung der Stadtverordnete Dr. Karl Gerkenberg, Direktor des Friedrich-Real-Gymnasiums vorgeschlagen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, 1. Wahlkreis. Der Wahlverein hält am Donnerstag, 18. d. M., eine Generalversammlung ab mit dem Thema: Das Plakat der national-socialen Bewegung. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse G. Pens.

Dritter Wahlkreis. Heute Abend findet bei Mähring, Admiralftr. 18c, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt. Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich und pünktlich in der Versammlung anwesend zu sein.

Lokales.

Ueber den Protest gegen die Wahl des Reichstags-Abgeordneten Bwid im fünften Berliner Wahlkreis ist nunmehr der schriftliche Bericht der Wahlprüfungskommission eingegangen. Wie bekannt, sind seiner Zeit über einige Punkte des Protestes

Erhebungen vom Reichstag beschlossen. Das Ergebnis der Beweis-aufnahme hat in einem der principiell wichtigsten Punkte zu einem negativen Resultat geführt. Im Protest war angegeben, daß im 412. Wahlbezirk die Wahlhandlung nicht reglementmäßig eröffnet wurde; die Beweisaufnahme hat das nicht bestätigt.

Wohlthätigkeit im Dienst des Schülersports. Die öffentliche Wohlthätigkeit wird für manche Angelegenheiten in Anspruch genommen, für weltlich humanitäre Zwecke ebenso wie für die Belehrung der Heidenländer in China. Selten ist aber wohl an dritte Personen eine Aufforderung zum Spenden von Gaben ergangen, die so sehr zu Bedenken herausfordert, wie die an die Freunde und Gönner des Igl. Wilhelms-Gymnasiums gerichtete. Es wird in dem Rundschreiben nämlich auseinandergesetzt, daß sich unter den Schülern des Gymnasiums ein Ruderverein gebildet habe.

Ganz abgesehen davon, daß die meisten Leute die Ausübung des Sports für eine Sache halten, deren Kosten von denen getragen werden sollten, die Gefallen an ihr finden, wird dieser vom Direktor mituntergezeichnete Aufruf bei vielen Eltern und Lehrern auch sonst schwere Bedenken erregen. Denn wie über den Sport im allgemeinen sind namentlich über die Ausübung des Rudersports durch Schüler der Meinungen sehr geteilt und manche gewichtige Stimme aus pädagogischen und ärztlichen Kreisen hat sich mit Entschiedenheit gegen die aus England importierte Schülerritte erklärt.

Erst in den letzten Tagen hat eine Autorität auf ärztlichem Gebiet, Prof. Dr. Eulenburg, in einem in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ mitgetheilten Aufsatz sich folgendermaßen ausgesprochen: „In wahren ist vor jeder Art Sportmäßigen Betriebes und überhaupt vor der Verknüpfung solcher rein hygienisch-pädagogischen Bestrebungen mit den im kindlich-jugendlichen Alter vertriehen und gefährlichen Anregungen der Eitelkeit und des Ehrgeizes. Wettkämpfe, Wettschwimmen und dergleichen, auch unter Kindern allein, ist daher unbedingt zu vermeiden.“

Der Herr Eulenburg warnt weiter davor, unter den Schülern Scheinathleten zu erziehen, die nur zu oft ein recht krankes Herz oder schwere andere Organleiden unter imponirender Außen- seite verbergen und deren geistige Fähigkeiten dabei noch weit häufiger verküppeln. Zu empfehlen seien die älteren deutschen Spiele wie Federball, Reizen, Kegeln.

Angesichts der bereit getheilten Meinungen hätte der Direktor des Gymnasiums sogleich von der so eigentümlichen Förderung eines Sports absehen sollen, dessen Uebung besser den Erwachsenen überlassen bliebe.

Berliner Sterblichkeit. Im Jahre 1900 belief sich in Berlin, nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen, die Zahl der Sterbefälle auf über 35 400 (ungerundet 1839 Totgeburt). Durch nachträgliche Meldungen wird sich diese Zahl voraussichtlich noch um einige Tausend erhöhen. Im Jahre 1899 waren 34 011 Personen als gestorben gemeldet worden (ungerundet 1767 Totgeborene), es ist also im letzten Jahre eine Zunahme der Sterblichkeit um rund 1400 Personen d. h. um rund 4 Prozent eingetreten, während die Bevölkerungs- zahl Berlins in demselben Jahre nur um etwa 2 1/2 Prozent gewachsen ist.

Ueber die Besetzung des geplanten Postens für die Leitung der städtischen Straßenbahn, so wird berichtet, ist bisher noch keinerlei Bestimmung getroffen worden. Bevor die Stadtverordneten-Versammlung nicht einen Beschluß über den von der Verkehrs- deputation vorgeschlagenen Ankauf der Aktien der Gesellschaft der Berliner elektrischen Straßenbahnen (Siemens u. Halske) gefaßt hat, dürfte aus naheliegenden Gründen die Anstellung von Personen überhaupt unterbleiben. Auch die Nennung von Kandidaten für das Amt eines Bürgermeisters an Stelle des verstorbenen Ortmannt ist verfrüht und beruht lediglich auf Mutmaßungen von Personen, die zu den zuständigen Stellen nicht die geringsten Beziehungen haben.

Um der Schumannsperde willen soll die Magazinstraße bei ihrer in diesem Jahre vorzunehmenden Rekapitulierung nicht Asphalt-, sondern Holzpflaster erhalten. Gegen die anfangs beschlossene Verwendung von Asphalt hat der Polizeipräsident mit Rücksicht auf die in der Magazinstraße zu erbauenden Ställe der Depots I und III der derzeitigen Schumannsperde Einspruch erhoben. Die Pferde, so ist vom Polizeipräsidenten ausgesprochen worden, gehen beim Aus- räumen aus dem Stall — besonders wenn sie bei Alarmierungen schnell gefaltet werden müssen — fast ausnahmslos sehr unruhig, und es könnten auf dem Asphalt leicht Unglücksfälle entstehen. — Glücklich Schumannsperde, die ihr den Vorzug genießt, daß auf auch Rücksicht genommen werden muß!

Die Leiche des vorgestern verstorbenen Redakteurs Solbheim von der „Volk.-Zeitung“ wird am Freitagnachmittag 2 Uhr in Hamburg eingeschifft werden. Die Trauerfeier vor der Ueberführung der Leiche nach Hamburg findet am Donnerstag, den 17. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Trauerhause, Schöneberg, Koburgstr. 5, statt.

Ein Beispiel von geradezu unmenschlicher Rohheit finden wir in der „Verl. Ztg.“ mitgeteilt: Montagnachmittag bemerkte ein Hausdiener an Pankow eine Frau, die — an einen Baum gelehrt — von schreienden Straßenjungen umgeben war. Als er näher trat, erkannte er, daß die Frau einem Kinde das Leben schenken wollte und schaffte sie in das nächste Haus. Dann lief er zum Wirt, dessen Frau aber, statt dem Samariter beizustehen, während die Thür zuwarf. Nun holte er eine Droschke, deren Kutscher sich aber weigerte, die Kermste zu fahren. Erst nachdem er von den Straßenpassanten bedroht wurde, nahm der Kutscher die Frau an, da aber keine geeignete Hilfe zur Hand war, schlug das neugeborene Kind mit dem Kopf auf den Wagenboden und verlor sich so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Dann endlich wurde die bedauernswerte Mutter, deren nähere Verhältnisse man nicht kennt, nach der Charité geschafft.

Zeit einiger Zeit einkütert in den Markthallen eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Petition, die die Andringung von zweckmäßigen Heizanlagen in den Verkaufsständen von der städtischen Markthallen-Deputation wünscht. Die Petenten haben große Verluste durch Erfrieren der ausliegenden Waren zu verzeichnen und erhoffen durch Erfüllung ihres Wunsches eine erhebliche Besserung ihrer

daniederliegenden wirtschaftlichen Lage. Andererseits erachten sie es für Pflicht der Markthallen-Deputation, schon in Anbetracht der enorm hohen Standmieten, daß sie für von ihr vermietete Räume, die gleichzeitig zum Aufenthalt für Menschen dienen müssen, auch unbedingt genau wie jeder andre Hauswirt für zweckmäßige Heizanlagen zu sorgen hat.

Den Schief ich einfach tot! In dem unter dieser Stichmarke gestern mitgetheilten „patriotischen“ Schulgedicht befindet sich in der vierten Strophe, zweiter Vers, ein Druckfehler. Statt „spieß“ muß es „schieß“ heißen.

Zur Vermeidung der Staubentwicklung auf den Straßen soll eine neue Art der Pflasterbestreuung angewendet werden, mit deren Wirksamkeit sich die Deputation für Straßenreinigung zu beschäftigen hatte. An Stelle des bisher zur Verwendung gelangten Sandes hat man, wie schon mitgeteilt, den Versuch mit Elbfes gemacht. Ueber die Versuche wurde nun gestern berichtet und das Ergebnis auf der Straße Schloßplatz-Landsberger Thor als ein durchaus günstiges hingestellt. Der doppelt gefestete Elbfes hinterläßt erlen- grobe Quarzstücke, die über den Asphalt gestreut werden. Indem sie hier von den Wagenrädern und Pferdehufen zerkratzt und gleichsam zer- reiben, geben sie der Pflasterfläche den gewünschten Halt für den Verkehr. — Ferner beschloß die Deputation, sich an der im Frühjahr d. J. hier in Berlin stattfindenden Ausstellung für Feuer- löschwesen durch Beschaffung mit Straßenreinigungsmaschinen, Spreng- wagen u. dgl. zu betheiligen.

Festgenommen worden ist der junge Mann, der kürzlich, wie wir mittheilten, mit einer „Hundertmark-Plüte“ eines Geschäftsmanns betrog. Einem Kriminalbeamten fiel ein Mensch auf, der nach der Beschreibung des Betrogenen der Betrüger sein konnte. Er beobachtete den Verdächtigen und sah, daß er in einem andern Geschäft einen ähnlichen Zug machen wollte. Sobald er den Laden verließ, nahm er ihn fest und hatte in der That den richtigen Mann ertappt. Auf der Wache wurde der Betrüger als ein Mannmann Arthur Trittmacher festgestellt, der im vergangenen Jahre vom Militär entlassen wurde und seitdem keine Stellung hatte, sondern ausschließlich von Schwindeleien lebte. In vier Fällen ist er bereits überführt. Wie in dem einen Fall eine „Plüte“ im Militärspah, so ließ er in andern ein leeres Portemonnaie auf dem Ladentisch liegen, wenn er den Geschäftsmann hat, ihm auf dieses oder jenes größere Geldstück herauszugeben, damit er rasch mit dem draußen wartenden Kutscher oder Dienstmann abrechnen könne. Eine Verkäuferin unter den Linden, die auf diese Weise 20 M. einbüßte, fand in dem zurückgelassenen Portemonnaie Papierschuttel. Auf einem Stand die Adresse der Eltern des Schwindlers. An diese sehr achtbaren Leute in der Provinz schrieb sie, bevor noch die Polizei von dem Treiben des jungen Manns Kenntnis hatte, und erhielt umgehend mit einem bedauernden Schreiben das Geld zugesandt.

Um Unglücksfällen auf dem Eise vorzubeugen, bringt das Polizeipräsidentium in wannende Erinnerung, daß das unbefugte Betreten des Eises sowie das unbefugte Schlittschuhlaufen auf den fließigen Gewässern verboten ist. Die Exekutivorgane sind angewiesen, auf die Beachtung der obigen Bestimmung zu halten. — Aus der Chronik der Unfälle auf dem Eise ist von gestern zu berichten: Beim Schlittschuhlaufen im Tiergarten verunpflückt ist der 14jährige Schulknabe Sch. aus der Schumannstraße. Er kam zu Fall; ein anderer Knabe tamte ihm hierbei mit den Schlittschuhen über die linke Hand, so daß zwei Finger gebrochen wurden. Ferner stürzte ein Buchdruckerlehrling so unglücklich, daß er den Oberarm brach. Beide fanden Hilfe in der Unfallstation Hensburgerstraße.

Der Norden Berlins soll nunmehr auch ein Theater, allerdings kleinen Stils, erhalten, dessen Repertoire aus klassischen Dichtungen besteht. Eine Fräulein Nina Doppel hat die Absicht, diese Bühne im Theater Marienbad, Badstr. 35, nächstens zu eröffnen und zwar mit Schillers „Maria Stuart“. Es ist zu wünschen, daß die Dame, die den besten Willen hat, der Arbeiterschaft im Norden Berlins etwas Gutes zu bieten, durch fleißigen Besuch der Vorstellungen — vorausgesetzt, daß sie den Erwartungen entsprechen — unterstützt wird.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich der Kaufmann Lazarus Mendelsohn, ein alter Herr von ungefähr 70 Jahren, der auch journalistisch thätig war. Mendelsohn, der aus Marienwerder stammt, kam anfangs November nach Berlin. In den letzten Tagen machte er den Eindruck großer Niedergelassenheit. Montag fand man den alten Mann als Leiche vor. Er war nachts im Schlafraum geblieben, hatte den Leuchtgashebel geöffnet und sich durch Einatmen des in großer Menge ausströmenden Gases getödtet.

Orgelkonzert. Fräulein Frieda Schramm-Halmer und deren Schülern Frau Margarete Brühl, Herr Georg Lehner jun., die Violinstin Fräulein Olga Barstowitz, die Cellistin Frau Adeline Meißner, Herr Organist Paul Feuer und Herr Arthur Buchholz wirken mit dem Orgelchor der Musikdirektors Otto Dornel in der Marienkirche am Mittwoch, den 16. Januar, mittags 12 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Im Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschülern beginnt am Mittwoch, den 16. d. M., 8 1/2 Uhr abends, Herr Prof. Dr. Buns seinen Vortragskurs über „die Ernährung des wachsenden Menschen“ im Hörsaal der landwirtschaftlichen Hochschule, N. Anwaltdammstraße 42. Am ersten Abend wird derselbe über Zusammenfassung des Körpers und Stoffverbrauch für Leistungen und Wachen derselben sprechen. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für den sechs Abende umfassenden Kursus sind zu haben bei: Georg Belling, W. Bergmannstr. 136; A. Schöck, O. Holzmarktstr. 60; Chr. Tischbender, C. Spahnstr. 20; Trauentelethe Buchhandlung, W. Anwaltdammstr. 88; Bernhard Storr, SW, Friedrichstraße 250; Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, W. Anwaltdammstr. 23.

Öffentliche Hygiene-Vorträge der Centralkommission der Krankenkassen. Donnerstag, den 17. Januar, 8 1/2 Uhr pünktlich: Rauchungsmittel und Ernährung in den Schul-Aulen Markstr. 49, Schönhauser Allee 166a, Gneisenaustr. 7. Stephanstraße 27. Vortragende die Herren Doktoren B. Kramm, M. Löwensthal, R. Kottowski, M. Widardt. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Aus den Nachbarorten.

Johannisthal. Auf das niedrigste Angebot in Höhe von 41 972,20 M. erhielt in der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung der Unternehmers Herr Ostwald den Zuschlag für den Schulbau. Auf die Anfrage des Betreters Mann (Zoc), was es für eine Bewandnis mit der Auktion des Herrn Ostwald in der letzten Sitzung habe, der Bau wird doch 7000 M. mehr kosten, erklärte Herr Ostwald, daß er das nur so gesagt habe, ein allerdings nicht einwandfreies Verhalten. Die Debatte spielte sich noch weiter zu, nachdem der Betreter Mann beantragt hatte, den Unternehmer auch dann zu verpflichten, den Bau zur festgesetzten Zeit — den 1. August d. J. — fertigzustellen, wenn es zu einer Arbeitsniederlegung auf dem Bau kommen sollte. Hierzu konnte indes keiner der andern Vertreter verstehen, namentlich Ostwald; er meinte, darauf lasse er sich nicht ein, auf dem Bau wolle er der Herr sein und wenn es mit dem Spatenstich in der Hand sei. Der Betreter Baumeister Schmidt unterstützte ihn hierin sehr eifrig. Diese Bestimmung wurde denn auch nicht angenommen. Die Bedingungen für die Bauausführung waren von der Baukommission so unvollständig aufgesetzt worden, daß während der Sitzung noch eine ganze Reihe Bestimmungen festgesetzt werden mußten. Auf Antrag des Lehrkollegiums wurde die Summe von 226 M. zur Anschaffung von Lehrmitteln bewilligt. Hierbei brachte der Betreter Heßheim die schlechtesten Verhältnisse in einer Klasse, welche in einer früheren Wohnung untergebracht ist, zur Sprache. Durch Bewilligung der Mittel zur Abhilfe sollte dieser Zustand beseitigt werden. Der Bürgerverein hatte sich in seiner letzten Sitzung ebenfalls mit der Turnangelegenheit beschäftigt und eruchte in einem

Gesuch um Erbauung einer Turnhalle. Auf Antrag des Vereines...

Die Stadtverordneten-Versammlung in Spandau nahm in ihrer letzten Sitzung...

Nicht weniger als fünf Kirchen enthält einer Zeitungsmeldung zufolge...

Reinickendorf. In der letzten Sitzung der Gemeinde-Vertretung...

Eisenbahnunfall auf der Kleinbahn Nixdorf-Mittenwalde. Montagabend hat der in Station Nixdorf...

Durch ausgebrochenes Gas sind in der Nacht zu gestern sieben Personen in Spandau in Lebensgefahr geraten...

Ein gefährlicher Brand, bei dem elf Personen durch die Feuerwehre gerettet wurden...

Wassflüche ein und fanden die Frau schon bewußtlos daliegen. Mit Hilfe schafften sie sie durch die Luke auf das Dach hinaus...

Gerichts-Beitrag.

Wegen grober Verletzungen gegenüber einer jugendlichen Arbeiterin war der Kürschnermeister Emil Kopsch vom Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden...

Eine sehr umfangreiche Anklage wegen Münzverbrechen. Verbreitung falscher Geldstücke und Anstiftung zum Münzverbrechen...

Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Rix in Finsterwalde war Genosse Paul Jahn angeklagt und vor das dortige Schöffengericht geladen worden...

Zu der Verhandlung am 10. Januar d. J. befrucht Jahn, wie schon früher, die ihm zur Last gelegten Äußerungen...

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher. (Zweigtverein Berlin). Donnerstag, den 17. Januar, abends 10 1/2 Uhr...

Das furchtbare Bezierpiel in Konig gestaltet sich immer wunderlicher. Rummelstift auch der Ueberzieher des ermordeten Gymnasialen Winter in Konig am Dienstag auf dem Hofe...

Die einem hiesigen Blatte mitgeteilt wird, ist der Staatsanwalt ein Schreiben zugegangen, welches die Anzeige enthielt, daß man den Paletot auf dem Grabe Winters finden würde...

Die Stadt Konig ist selbstverständlich in furchtbarer Aufregung. Vielfach werden Stimmen laut, die sich für eine Massen-Hausdurchsuchung erklären...

Selbstmord eines Offiziers. Viel besprochen wird in Dresden der Selbstmord eines jungen Offiziers, der sich in seiner Wohnung mit dem Dinsgewehr seines Vaters erschossen hat...

Eisenbahn-Unfall. Amlich wird aus Saarbrücken gemeldet: Dienstag früh gegen 4 Uhr hat auf dem Bahnhof in Sarzhans ein Zusammenstoß eines nach Diedenhofen fahrenden Zugs...

Verhaftung eines russischen Fürsten. In Lizza wurde der angebliche russische Fürst Kacojine, der wegen nihilistischer Untertriebe vor längerer Zeit aus Frankreich ausgewiesen wurde...

Die Pest auf einem Schiff. Aus London wird berichtet: Der Dampfer 'Highland Prince' ist von La Plata kommend im Hafen von Shields angelangt...

Marktpreise von Berlin am 14. Januar 1901. nach Ermittlungen des gl. Polizeipräsidiums. Tabelle mit 4 Spalten: Getreide, Mehl, Öl, etc.

Produktenmarkt vom 15. Januar. Der Getreidemarkt beharrte heute schwache Tendenz unter dem Einfluß der mitteren Haltung...

Briefkasten der Expedition.

A. A. u. a. Die durch die Post bezogenen Exemplare werden am Erscheinungstage früh 2 Uhr nach dem hiesigen Postamt gebracht...

Witterungsübersicht vom 15. Januar 1901, morgens 8 Uhr.

Table with 7 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 16. Januar 1901. Zeitweise heiter, vielfach neblig bei gelindem Frost und schwachen südöstlichen Winden...